

MECKLENBURGER



AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 17 · 24. April 1992 · 1,00 DM

Seite 2
Italiens
Wahlen

Seite 5
Rostocker
Klima

Seite 6
Schriftsteller
reden

Seite 7
Molière
in Schwerin

Seite 8
Abwasser
ungeklärt

Seite 9
MA-Leser
antworten

Streik gegen den Frust

Der große Streik steht vor der Tür. Die Gewerkschaft für Öffentlichen Dienst, Transport und Verkehr will mittels Streik ihren Lohnforderungen Nachdruck verleihen. Nun muß sich die Republik auf Müllberge direkt vor der Haustür, Notversorgung in Kliniken, Fußwege zur Arbeit einstellen. Welch Horrorszenerario der kommoden Gesellschaft! Wir im Osten sind ja noch recht neu auf der Szene, aber keine Sorge, das lernen wir schon, schließlich haben wir ja ein Ziel vor den Augen: Geld.

Nach Monaten beschwichtigender Politikeraussagen, es gehe beharrlich bergauf mit dem deutschen Einheitswunder, mangelte es in den zurückliegenden Wochen nicht an Warnungen aus beruflichen Mündern. Allen voran der agile Wirtschaftsminister Möllemann, dann von Frau Heide Simonis aus Kiel, die vor drohender Überschuldung der Staatsfinanzen warnte, aus Kreisen der Wirtschaft wie Klaus Murmann und woher auch immer besänftigend auf den Unmut des deutschen Volkes, die Lasten der Einheit zu tragen, eingewirkt wird. Aber stur, als handele es sich um eine Nation von Dickköpfen sagt das Volk: Nein! Uns sei versprochen worden, keinem werde es

schlechter gehen, wenn wir erst ein Volk... der klägliche Rest ist bislang bekannt.

Und in wehevoller Stimmung sprach einst ein Mann, klein von Wuchs und an Bedeutung, ein großes Wort: das vom Teilen. Und bis heute will keiner dieses Teilen als sein Schicksal annehmen. Wir leben weiter in dem Wahn, daß im Westen alles weiter so prosperieren wird wie in den Achtzigern und im Osten bald alles so sein wird wie in der rheinischen Tiefebene - die Wohllebe schlechthin. Wohlwissend, daß beides ein Phantom ist.

Deutsche machen sich wieder mal zum Michel. Dabei wird ja nicht davon gesprochen, daß ein Hungerwinter in unseren Breiten vor der Tür steht, es heißt nur zu akzeptieren, daß es uns in Deutschland eigentlich recht gut geht. Der "Wessi" sollte lediglich ein wenig kürzer treten in der Vermehrung seines Reichtums, der "Ossi" sollte lediglich einsehen, daß es dauern wird mit den goldenen Zeiten.

Streik? Eine treffliche Idee, besonders wenn man an die denkt, die sich tatsächlich auf Hungerwinter einstellen müssen.



Altes Haus in Eickelberg

Foto: Rainer Cordes

Machtwechsel in Kabul

Afghanistan, ein vergessener Krieg taucht kurzzeitig wieder ins Bewußtsein auf. Völkerfreundschaft von einst trägt ebenso wenig wie heutiges Suchen nach Wegen aus der Misere der gemeinsamen Vergangenheit; weil es Gemeinsames nicht gab. - Das zeigt sich auch an dem Völkermord im ehemaligen Jugoslawien. Menschen werden regelrecht abgeschlachtet, die brutalsten Bilder lassen uns kaum aufmerken, wie sollte uns das Sterben im fernen Kabul je erreichen.

Im Hochland Afghanistans sterben seit dreizehn Jahren Menschen tag ein tag aus. 1979 kamen sowjetische Truppen Afghanistan "zu Hilfe". Der zehnjährige Krieg unter Beihilfe der Roten Armee forderte hohen Blutzoll bei "Helfern" und Afghanen. Millionen Afghanen verließen ihre Heimat und hausten in elenden Flüchtlingscamps in den armen Nachbarländern.

Was seit Jahren erwartet wurde, geschieht zu Ostern 92: Präsident Nadschibullah wird gestürzt. Die ersten Flüchtlinge kehren zurück. Die Sieger scheinen die Mudscha-

heddin zu sein, aber noch ist unentschieden welche Gruppe, welcher Clan der Rebellen die Macht an sich reißen wird. Am entschiedensten trat die Widerstandsgruppe Hesb-e-Islami unter ihrem Führer Hekmatyar für ihren Anspruch auf die Macht im Lande ein, jahrelang drohte Hekmatyar, Nadschibullah durch einen Putsch zu beseitigen. Jetzt ist der Präsident durch eine Palastrevolte in Absprache mit einem Teil der Mudschaheedin ohne - besser: gegen Hekmatyar gestürzt worden. Obwohl sich die Rebellenorganisationen auf einen Übergangsrat einigten, der Kampf um die Vorherrschaft im Lande wird von allen Seiten erbarmungslos verfochten werden.

Wie wird die Zukunft Afghanistans aussehen? Es ist wohl als wahrscheinlich anzusehen, daß feudale, islamische Clans wieder das Land beherrschen werden. Auf der Tagesordnung der letzten Jahre standen Scharmützel, Normalität war das Sterben. Das wird weiter der Alltag in Kabul sein. Freiheit hat viele Gesichter, manches ist uns fremd.

rm

Ostern ist vorbei, die Pause in der Landespolitik zu Ende. Die neue Regierung Seite muß jetzt anfangen zu arbeiten. Es bleiben ihr noch gut 12 Wochen bis zur Sommerpause, bis dahin müssen Ergebnisse zu sehen sein. Die Bedingungen dazu sind alles andere als günstig. Alte Lasten sind nicht kleiner geworden, dafür die Verdrossenheit der Bevölkerung über seine Regierenden größer. Einer Meinungsumfrage zufolge würden nur noch 36% die jetzige Regierung wählen. Diese geringe Popularität einer Regierung mitten in einer Wahlperiode allein ist noch kein Grund für Neuwahlen, sollte aber die Verantwortlichen nachdenklich machen.

Jeder weiß, daß die Sachprobleme nicht im Augenblick zu lösen sind.

M-V: Es gibt viel zu tun...

Nur weiß der Wähler im Mecklenburg-Vorpommern seit einiger Zeit nicht mehr, ob für die Politiker unseres Landes die Lösung von Sachproblemen wirklich noch an erster Stelle steht. Das müssen die Regierung Seite, vor allem die CDU-Fraktion im Landtag aber auch die SPD-Opposition erst wieder unter Beweis stellen. Das Vertrauen zu Politik und Politikern ist angeschlagen. Ohne dieses Vertrauen aber wird selbst eine richtige politische Arbeit zum Scheitern verurteilt sein. In den 13% möglicher LL/PDS-Wähler liegt bei uns das Protestpotential, das sich in den alten Ländern bei den Rechtsparteien ansiedelt. Denn womit können die etablierten Parteien empfindlicher getroffen werden, wenn nicht mit der manifestierten Sehnsucht nach der

"guten alten Zeit"? An der phantasiervollen Politik jener Abgeordneten liegt dieser Zulauf sicher nicht.

Die Probleme liegen also auf dem Tisch:

Die schnellen Seite-Versprechen an die streikenden ELBO-Mitarbeiter und die Werften müssen eingelöst bzw. anderslautende Sachentscheidungen offensiv vertreten werden, ohne daß ein Mann aus Bonn hier wieder etwas richten muß.

Das Wutzke-Erbe muß angetreten werden und ein beruhigtes Arbeitsklima an den Universitäten und Schulen einziehen. Daß Lehrer entlassen werden aufgrund ihrer zu engen ideologischen Verpflechtung in der Vergangenheit wird nur wenige empören. Nur die jetzt verfügte Entlassung von über 4000 Lehrern folgt

einem Stellenplan und nicht einem Votum der Gauck-Behörde. Es kann also gut sein daß die entlassenen Lehrer das falschen sind und noch gebraucht werden. Das aber stellt sich wahrscheinlich erst Ende des Jahres heraus. Für die Schulen Gift: Eine Teilzeitarbeit bis dahin vielleicht das kleinere Übel.

Von der Landbevölkerung, die ehemals in der Landwirtschaft tätig war, redet niemand mehr, die wärmere Jahreszeit deckt manches zu. Aber da staut sich was auf an Frust und Protest. Spätestens zum Herbst, wenn Tourismus vorbei ist, wird hier wieder das Krisengebiet des Nordens zu finden sein, auch ohne Lobby.

Es gibt viel zu tun. Es muß angepackt werden.

H. Panse

Politik

Randbemerkungen

Versöhnung

Kein Wort aus jüngster Zeit hat die politisierenden Christen der Unionsparteien von CDU und CSU so in Rage gebracht, wie der von Bundesjustizminister Klaus Kinkel benutzte Begriff der Versöhnung. Gemeint ist die "Versöhnung des Staates", die der Liberale fordert, mit den zum Gewaltverzicht bereiten Terroristen der Roten-Armee-Fraktion (RAF) - ob im Knast oder noch im Untergrund.

Zugleich mit diesen deutschen Staatsschritten, die den Grundprinzipien ihres Glaubens in der Politik von jeher mehr Schein als Sein einräumen, erregt sich die ihnen osmotisch verbundene konservative Presse aus der alten BRD. Zwischen dem Staat und Terroristen könne es keine Versöhnung geben, proklamieren sie und vergessen in ihrer Obrigkeitssicherung, daß es in einem demokratischen Gemeinwesen nicht um die Beziehung von sakrosankter Institution zum Individuum geht, also um Gnade oder Wohlwollen, sondern immer nur um das Miteinander von Menschen - auch und gerade, wenn sie verabscheuungswürdige Verbrechen begangen haben. Es bestraft nicht der Staat, es bestraft der Mensch den Menschen.

Der dumpfe Haß und die Unversöhnlichkeit, die aus den Worten der politischen und publizistischen Meinungsführer dieser Gesellschaft gegenüber allen Mitgliedern der RAF spricht, bis hin zu ihren naiven Sympathisanten, ist nicht zu entschuldigen, doch zu erklären. Zu sehr bedingen beide Gruppen einander, die sich in den vergangenen zwanzig Jahren in ständig eskalierender Verblendung und Selbstgerechtigkeit begegneten. Dem in mordende Gewalt umgeschlagene Zorn der Nachkriegsgeneration gegen die Trauerunfähigkeit der Väter und Großväter, begegneten diese mit drakonischen, den Rechtsstaat deformierenden Gesetzen. Die Justizfestung in Stuttgart-Stammheim, Gerichtsaaal und Strafanstalt in einem, ist dafür zum betonbewehrten Symbol geworden.

Hinter dieser manifesten, auf Rache und Vergeltung ausgerichteten Unversöhnlichkeit der politischen Eliten der Bundesrepublik, von der sich die SPD nicht ausnimmt, scheint noch ein anderes Motiv hervor: die Unwilligkeit, zur Normalität des Rechtsstaates zurückzukehren. Klaus Kinkel, der jedoch genau dies will, nämlich die Beseitigung der den Rechtsstaat verhöhrenden Antiterrorgesetze und den Abbau der übertriebenen, zum Mißbrauch verleitenden Sicherheitsmanie, wird in diffamierender Weise Profilierungssucht, Unbedachtsamkeit und Naivität vorgeworfen.

Zivile Abrüstung fällt eben manchen Demokraten genauso schwer wie einigen Soldaten die militärische.

Verfolgung

In Sachen Manfred Stolpe verfällt die gehobene westdeutsche Presse, voran DER SPIEGEL, auf das rabulistische Niveau der Boulevard-Blätter BILD und SUPER. Da wird stets Abscheu vor dem bekundet, was man erst inszeniert hat.

"Stolpe spaltet die geeinte Nation" klagt das Hamburger Nachrichtenmagazin diese Woche, ohne jedoch zu erwähnen, daß es selber an der Herstellung dieses Zustandes massiv beteiligt ist. DER SPIEGEL heizt das Verwirrspiel an, wenn er die obligatorische Story der Woche über den Ministerpräsidenten von Brandenburg mit solchem Vorspann aufzäumt: "Politische Taktik könnte Manfred Stolpe im Amt halten - obwohl Aktenauswerter Gauck seine Glaubwürdigkeit erschüttert".

Geht es wirklich darum, ob Stolpe stolpert, wie allmählich jeder mediokre Moderator alliterieren darf? Oder darum, ob die selbsternannten Erinnyen Bohley und Klier den ehemaligen Konsistorialpräsidenten in den Rücktritt treiben können? Oder wäre es nicht vielmehr an der Zeit für die Medien, sich mit der gesamtdeutschen Politik auseinanderzusetzen, die eine Kirche im Sozialismus sowohl fördert wie auch erfordert und damit zugleich einen Manfred Stolpe notwendig machte?

Verstrickt und beteiligt und auch mit-schuldig an dem, was jetzt mit selbstgerechten Eifer sich in der Verfolgung einer Person kapriziert, sind auch die Deutschen, die Bonner Politik betrieben, billigten und unterstützten.

Bernd C. Hesslein

Wende auf italienisch

die italienische Bevölkerung von Nord bis Süd wird sich bei aller Unterschiedlichkeit ihrer jeweiligen Konfliktlage doch gleichermaßen von der Regierung alleingelassen und der Chance beraubt sehen, Be-

konservative Politik als pure Selbst-Konservierung nach dem Motto "Nach uns die Sintflut" hat absehbar ausgedient, weil die Söhne keine Lust haben, ihre eigenen dynastischen Ambitionen von der Lawine

traststaat - genauso wie sie aber auch für den örtlichen und regionalen Filz steht.

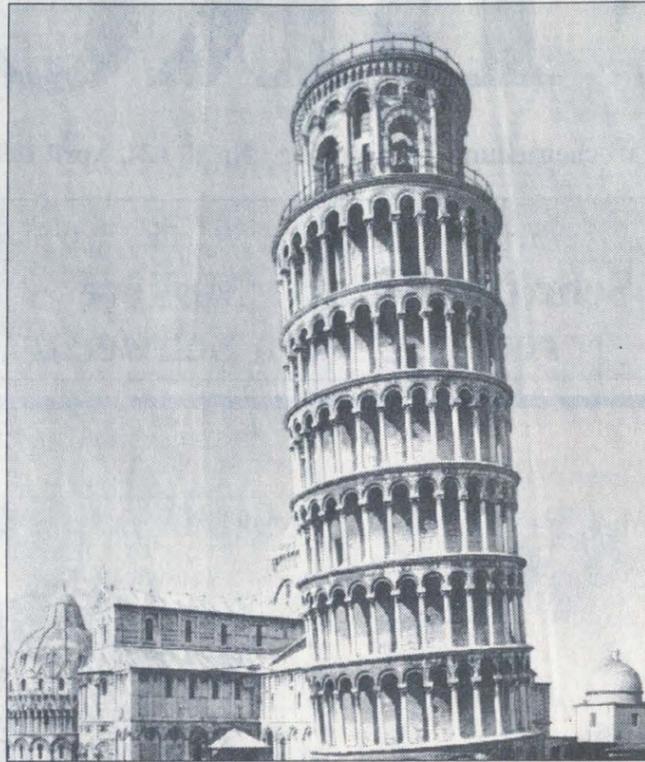
Modernisierung der Politik steht an, - ein Feld, auf dem sich vor allem die Kommunisten in den vergangenen Monaten mit relativem Erfolg bewegt haben: Runde 17 Prozent bei starker Konkurrenz durch eine "rechtgläubige" altkommunistische Abspaltung sind nicht wenig. Der früheren KPI ist es gegen den weltweiten Trend gelungen, ihr in Italien auch schon früher vergleichsweise liberales und zum Diskurs fähiges Projekt "durchzubringen", - ein Erfolg, an dem vor allem die um ihren "linken" Führungsanspruch gebrachten Sozialisten schwer zu beiben haben.

Italien ist eben doch anders: Überall in der Welt geht der Kommunismus mit all seinen Nachfolge-Krüken zugrunde und der Konservatismus boomt. Im Stiefel dagegen stehen die Ex-Kommunisten erstmals in ihrer Geschichte an der Schwelle zur Regierungsmacht, und ausgerechnet die geschwächten Christdemokraten müssen sich über kurz oder lang mit ihnen einlassen.

Grüne? Sonstige ökologische Gruppierungen? Sie sind da, auch in Italien, aber ihr Gewicht bleibt gesellschaftlich auf ihre Bastionen und auf ihr Milieu begrenzt. Einen ernsthaften Anspruch auf politische Mitwirkung werden sie angesichts der anstehenden Veränderungen in der Zukunft noch weniger anmelden können als bisher. Das ist schade: denn in Italien galt der dämliche Leitsatz nie, demzufolge Gruppen und Parteien nur nach ihrer Stärke bei Wahlen Beachtung und Respekt verdienen. Vor allem linken und in letzter Zeit immer mehr auch ökologischen Gruppen war es so immerhin möglich, weit über ihr prozentuales Gewicht hinaus öffentliches Interesse zu gewinnen und auf Auseinandersetzungen einzuwirken. Sie würden durch den Rost der in der Luft liegenden Wahlrechtsreform fallen.

Die Sozialisten sowohl in der KPI-Nachfolgepartei PDS als auch in der Sozialistischen Partei haben angesichts der Größe der Aufgaben in diesem noch nicht voll europäisierten, in allen Fugen knarrenden Land, aber auch angesichts der Schwäche der Christdemokraten eine Chance wie sonst nahezu nirgends auf dem Kontinent. Die Wende findet statt, aber eben auf italienisch.

Michael Will



Nicht nur in Pisa neigt sich der Turm

wegung im Sinne echten Umgangs mit brennenden Problemen im fernen Rom einzuklagen.

Das wird nicht mehr lange gutgehen. Wenn schon der große Gianni Agnelli (ohne den nicht nur bei Juventus Turin, sondern auch in der italienischen Politik auf die Dauer nicht viel läuft) Überdruß an diesem Spiel erkennen läßt, werden angesichts des Grummels der Unzufriedenheit von Palermo bis zum Gardasee Veränderungen nicht lange auf sich warten lassen. Eine "Wende auf italienisch" liegt in der Luft, die von den christdemokratischen Parteistrategen als ein strategisches Rückzugsmanöver gedacht ist: Vor allem die hinter der chronisch ungläubwürdigen Generation der Cossigas und Andreottis jüngeren Politiker haben die Lust an der im europäischen Maßstab nicht konkurrenzfähigen, kleinkarierten Machterhaltungs-Taktik verloren;

jener himmelschreienden Probleme und Konflikte erschlagen zu lassen, die die Väter offenbar bis in's Grab ignorieren wollen.

Alarmzeichen von Nord bis Süd: Der DC als Partei der nationalen Einheit gehen in einem auseinanderdriftenden Land selbst die Hochburgen verloren. Jüngste Beispiele: Bei vorgezogenen Kommunalwahlen im traditionell christdemokratisch-sozialistisch regierten norditalienischen Brescia verlor die DC ihre Mehrheit an die "Lege Lombardie", die sich anschieken, im industrialisierten Norden zur "Nummer Eins" im Parteienspektrum zu werden. Und im tiefen Süden, in Palermo, sehen sich die dort seit Kriegsende regierenden Christdemokraten bei den Wahlen zum römischen Parlament vom Führer einer sizilianischen Regional-Liste gegen Macht-Mißbrauch und Mafia-Kumpanei geschlagen. Die DC "ist" eben der Zen-

Andere Meinungen

Die Vergangenheitsbewältigung der ehemaligen DDR durch die westdeutschen Medien nimmt nach wie vor einen breiten Raum in den Kommentarspalten der überregionalen Zeitungen ein. Unter der Überschrift "Nicht Rache, sondern Recht" schreibt DIE WELT in Bonn:

"Die Menschen wollen nicht Rache, wohl aber hungern und dürsten sie nach Gerechtigkeit; doch diese Unterscheidung überfordert die Kleingeister des Rechtsstaates, die einen Wetzstein-Ollenschläger (ehemaliger DDR-Richter) für redlich halten. Es ist fast schon komisch, wie Leute, die uns jahrzehntlang - ziemlich genau seit Beginn der 'Entspannung' - die blutige Revolution gegen den demokratischen Staat predigten, nach dem Fall der Mauer nach Vernichtung der Stasi-Akten riefen und forderten, den Strich unter das Vergangene zu ziehen und Erich Honecker samt Mittätern ungeschoren zu lassen. Es ist weniger komisch, wie Politik und Justiz sich beeinflussen ließen.

Das Gesetz des Rechtsstaates aber ist glasklar und reicht völlig aus, Mord, Körperverletzung,

Freiheitsberaubung zu bestrafen. Was nicht klar ist, das ist die Bereitschaft des Rechtsstaates, es konsequent anzuwenden. Wenn ihr Vertrauen enttäuscht wird, werden sich die Opfer eines Tages wieder melden. Und dann wird man nach den Richtern fragen, die das Recht modelten, und nach den Politikern, die sie dazu antrieben."

An dem Glaubensstreit um die Person von Manfred Stolpe beteiligt sich auch die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG mit der Frage "Bis zum bitteren Ende" und stellt fest:

"In dem Gebäude der Schutzbehauptungen Stolpes klaffen große Löcher, und es ist tragisch, daß er das nicht sehen will. Heute läßt sich nicht einmal die These vom 'Kanalarbeiter' halten, der in den Untergrund stieg und dort - selbst sauber bleibend - für Abfluß sorgte. Die Akten und Aktivitäten zeichnen ein anderes, ein schlimmeres Bild. Muß es wirklich in allen Einzelheiten ausgebreitet werden?"

Ein "verfrühtes Signal" auf den Gewaltverzicht der RAF nennt das HAMBURGER ABENDBLATT

die Bereitschaft von Bundesminister Klaus Kinkel, den Personenschutz für Politiker zu reduzieren und einen Diskurs mit den zum Gewaltverzicht bereiten Terroristen aufzunehmen. Das Bürgerblatt, aus dem Springer-Konzern begründet, gibt zu bedenken:

"Dennoch ist ganz sicher eine Linie des behutsamen Dialogs mit den Einsichtigen unter den Terroristen richtig. Die offene Gesellschaft muß gerade für jene offen sein, die ihre verhängnisvollen Irrtümer selbst erkannt haben.

Doch ein Brief macht noch keinen wirklichen Frieden, und eine sorgsam abgewogene Skepsis ist Pflicht für jene, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen. Auch ist dem Bürger kaum zu vermitteln, daß der demokratische Rechtsstaat mit Gewalttätern, die ihn eigentlich abschaffen wollen, verhandelt.

Ein endgültiger, durch unzweideutiges Handeln belegter Gewaltverzicht gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für einen wirklichen Dialog."

Die alternative TAGESZEITUNG in Berlin verbindet ihren

Kommentar zu dem aufkommenden Meinungsstreit um den Umgang mit den zum Gewaltverzicht bereiten RAF-Terroristen mit einer Rüge an dem Verhalten der SPD. Sie schreibt:

"Die SPD muß sich dabei fragen lassen, ob sie die Gunst der Stunde erkannt hat, und wenn ja, ob sie gewillt ist, nach mehr als 20 Jahren politisch motiviertem Extremismus einen Beitrag zu dessen Ende zu leisten. Die jetzt von Wilfried Penner oder der Vizechefin Däubler-Gmelin vorgetragene Haltung hinterläßt jedoch den gegenteiligen Eindruck.

Möglicherweise ist die SPD auch nur überfordert. Wer heute gegen eine Sonderbehandlung der RAF-Gefangenen polemisiert, erkennt, daß es der Staat war, der seit Anfang der 70er Jahre versuchte, dem Phänomen RAF mit einer 'Sonderbehandlung' - einem immensen Ausbau des Sicherheitsapparates, unzähligen Strafrechtsverschärfungen und nicht zuletzt mit Sonderhaftbedingungen für inhaftierte RAF-Mitglieder - beizukommen. Gerade zu Zeiten der sozialliberalen Koalition drehte der Staat kräftig an der Eskalationsspirale."

Revolutionäre Urlaubsländer

Der Internationalist hat Fernweh. Es zieht ihn nach Gomera oder in die Toscana, am liebsten aber nach Nicaragua, und weil er seit der Studentenrevolte ordentlich verdient hat, kann er sich's leisten. Er hängt mit seinem Herzen am revolutionären Süden: Da ist noch Musik drin! In den heißen Gegenden rings um die Brennpunkte der Revolution zeigt sich das Volk zwischen Fiesta und Kalaschnikow von einer erfrischenden Emotionalität. "Vieles ergibt sich da von selbst, worüber wir hier Stunden diskutieren", war früher Marios Standardspruch, als er noch alljährlich zur Kaffee-Ernte nach Nicaragua geflogen ist.

Wichtigstes Rüstzeug des Internationalisten ist sein Kurzzeit-Gedächtnis, das es ihm gestattet, kleinere Pannen wie den gewaltsamen Tod der Hälfte der Bevölkerung Kambodschas sogleich "außer Betrachtung zu nehmen", wie Mario sich ausdrückt, "damit wir das Eigentliche nicht aus dem Blick verlieren". Und das Eigentliche ist eigentlich, daß es immer oft genug zwischen Mosambik und Vietnam geknallt hat, um uns stets mit neuen Idolen zu versorgen.

Doch in letzter Zeit hat der Internationalist Trouble: Zwar rücken ihm die Revolutionen reihenweise auf den mitteleuropäischen Pelz, aber es sind die falschen, - sie fegen die eigenen Symbole auf den Kehricht der Weltgeschichte. Und im sonnigen Süden werden die "richtigen" Revolutionäre günstigstenfalls noch mit faulen Eiern beworfen.

In dieser Lage hilft nichts als die Rückkehr zum Anfang, der dann wohl auch gleich zum Ende wird: Lieber volle Gefängnisse und leere Supermarkt-Regale als gar keine Revolution mehr! denkt sich der Internationalist und schwört wieder auf Kuba. Das letzte revolutionäre Urlaubsländchen im Stich lassen hieß sich selbst im Stich lassen.

Also verlagern Mario und die Seinen ihren Schwerpunkt. "Enttäuscht" vom "laschen Kurs" der Sandinisten, die sich "an den Demokratie-Spielchen beteiligen", wenden sie sich der Zuckerinsel zu und buchen als ersten Schritt einen Pauschal-Urlaub bei Neckermann. "Weißt du", sagte Mario bei meinem letzten Besuch zu mir, "der Fidel hatte doch recht mit seinem harten Kurs". Ich erinnere mich daran, wie Mario vor knapp zwei Jahren an gleicher Stelle vor mir gestanden und Castro als "absolutes Arschloch" bezeichnet hatte, "das objektiv die Geschäfte der Konterrevolution besorgt". Heute klingt's anders: "Die ganze Wählerei in einem Land des demokratisch-revolutionären Umbruchs ist doch nur ein Alibi zur Ablösung den USA unbequemer Regierungen". Wenn so ein Demokrat spricht, dann sind Diktatoren die besten Demokraten. Aber auch an so was glauben die Genossen ja nicht zum ersten Mal.

Waldemar Schlegel

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0863-369 X, Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Beratung: Dr. Cora Stephan

Redaktions-Sekretärin: Anke Sendrowski

Redaktion: Politik: Regine Marquardt Kultur: Wolfram Pilz

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19 2750 Schwärin, Telefon 8 33 88

Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gienke Anzeigen: Reiner Prinzler

Satz: EDV-Satzstudio D. Roggentin Fregattenstr. 61, 2400 Lübeck 1

Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Politik

Das große Geld der Parteien

Karlsruhe:

Interview mit Dr. Uwe Günther

Dr. Günther, Sie haben im Auftrag der Grünen vor dem Bundesverfassungsgericht in Fragen der Parteienfinanzierung ein Grundsatzurteil erreicht. Worin sehen Sie die Bedeutung des Urteils?

Bisher gab es ein so unübersichtliches Parteien-Finanzierungssystem, daß allenfalls 25% der Bürger es verstehen konnten. Diese Undurchschaubarkeit war Prinzip, sie ermöglichte die nahezu ungestörte Selbstbedienung der Parteien.

Jetzt wurde entschieden, daß für Parteienfinanzierung Obergrenzen gesetzt sind. Transparenz und öffentliche Kontrolle der direkten Finanzierung der Parteien ist erstmals möglich geworden.

Was muß, was kann der Bundestag jetzt tun?

Der Gesetzgeber muß einen dem Urteil entsprechenden Rahmen der Finanzierung finden, der durchschaubar und kontrollierbar sein muß. Wie das im Detail ausgefüllt wird, bleibt nach wie vor den Parteien überlassen.

Wenn die Parteien doch wieder das System der Finanzierung selbst bestimmen können, werden sie dann nicht wieder Wege finden, sich aus den öffentlichen Kassen zu bedienen?

Eine Gewißheit, daß das Selbstbedienen unterbleibt, gibt es nicht. Man kann nur darauf setzen, daß durch die stärkere Durchschaubarkeit des Systems der Drang der Parteien zu den Steuergeldern gemindert wird.

Wieso sprechen Sie dann von einem Erfolg?

Eine weitere Ausuferung der Selbstfinanzierung ist gestoppt, daran müssen sich die Parteien jetzt halten. Das Parlament entscheidet frei über die Gestaltung der Gesetze. Es ist nicht die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichtes Gesetze zu erlassen. Es legt in der Interpretation des Grundgesetzes nur den Rahmen der Gesetzgebung fest. Der alte Rahmen ist geändert, daran müssen die Parteien sich jetzt halten. Das neue Gesetz muß so werden, daß es keine undurchsichtigen Finanzierungswege mehr gibt. Die Öffentlichkeit kann sich jetzt einmischen. Das war vor dem Urteil viel schwieriger.

Woher nehmen Sie eigentlich Ihr Vertrauen, daß die Parteien das neue Gesetz nachvollziehbar und erträglich gestalten werden. Alle Erfahrungen mit den Parteien widersprechen doch einer solchen Annahme?

Ich wiederhole: Das Bundesverfassungsgericht ist kein Überparlament. Nur die Öffentlichkeit kann dafür sorgen, daß jetzt ein akzeptables Gesetz formuliert wird. Bei diesem Gesetz geht es nicht um eine Mark mehr oder weniger für die Parteien, es geht um die De-

mokratie selbst, den weiteren Einfluß der Bürger auf die Politik.

Jetzt wird also eine neue Parteienfinanzierung entwickelt, wie soll die aussehen?

Bevor neue Vorschläge ausge-

Die Grünen haben vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Grundsatzurteil erstritten. Die Parteienfinanzierung ist als nicht verfassungskonform erklärt worden. Der Gesetzgeber ist beauftragt worden bis 1993 ein neues Parteien-Finanzierungsgesetz zu verabschieden. Der MA sprach mit Dr. Uwe Günther aus Bielefeld, der die Grünen vor dem Bundesverfassungsgericht vertrat.

tiftelt werden, müssen die Parteien zu der Einsicht gelangen, daß Geld vom Staat nicht das Wesentliche für sie ist. Wenn eine Partei Mitglieder verliert, dann muß sie über ihre Politik nachdenken, sie verändern, Vertrauen und Mitglieder neu gewinnen. Das ist ihr Verfassungsauftrag, der wird durch exzessive öffentliche Finanzierung unterlaufen. Solange die Parteien die Verpflichtung sich selbst zu finanzieren, nicht als demokratisch selbstverständlich begreifen, solange wird sich wenig ändern.

Hat für Sie eine Partei, die nicht in der Lage ist, sich aus selbst eingezogenen und freiwillig gezahlten Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren, keine Existenzberechtigung?

Wenn das maßgebliche Volumen der von den Parteien benötigten Finanzmittel nicht von den Mitgliedern kommt, dann muß man das tatsächlich fragen. Die

neuer und kleiner Gruppen und Parteien erleichtern?

Wenn das zugelassen wird, dann würde letztlich der Staat bestimmen, wie das Kräfteverhältnis der Parteien aussieht, da würde die Freiheit der Wahlentscheidung

ebenso aufheben, wie den Wählerwillen entwerten.

Und verstärkter Einfluß von Minderheiten und Bürgergruppen, wie kann der dennoch verbessert werden?

Das Bundesverfassungsgericht hat dazu in seinem Urteil einen bisher zu wenig beachteten Gedanken formuliert. Es hat festgelegt,

daß für Parteien, die unterhalb der 5%-Grenze bleiben, aber über der Wesentlichkeitsgrenze von 0,5%, die Kriterien, die für die Verteilung der öffentlichen Mittel gelten, also Mitgliedsbeiträge, Spenden und Wahlerfolg, so festgelegt werden sollen, daß ihr Startnachteil gegenüber den großen Parteien gemindert werden.

Die Parteiverdrossenheit nimmt zu, die Mitgliederzahlen der Parteien gehen zurück, Parteien werden aber für den demo-

selbst heraus existiert, hat keine politische Existenzberechtigung und schon gar keinen Anspruch auf öffentliche Gelder. Eine Demokratie, die es nur deshalb gibt, weil die Menschen dafür aus Staatsgeldern bezahlt werden, kann sich nicht demokratisch nennen und hat auch keine Existenzberechtigung. Sie wäre keine Demokratie mehr.

Wenn ich die Riesen-Beiträge für die Fraktionen in Bund und Ländern und für die Stiftungen betrachte, die bis heute fast völlig unkontrolliert ausgegeben werden können, dann erscheint mir Ihr Demokratieverständnis schon fast idealistisch. Die Parteien sind nun mal Karrierevereine und können heute wahrscheinlich auch gar nichts anderes mehr sein. Dazu gehört eben auch eine angemessene öffentliche Finanzierung. So eine Argumentation macht doch aus der Sicht der Funktionäre Sinn.

Das Parlament ist kein Betrieb, die Abgeordneten keine Angestellten. Sie sind unabhängig und abwählbar. Darin liegt die Chance zur Vertretung der Bürgerinteressen und zur Formulierung einer für alle geltenden Politik. Wenn Sie ihren Gedanken weiter folgen, wird das Parlament zu einer Behörde, in der wegen der Abhängigkeit der Beteiligten kaum noch innovative und von den Interessen der unmittelbar Beteiligten unabhängige Politik durchgesetzt werden kann. Der Gedanke der demokratischen Repräsentation wäre abgeschafft. Mit der Parteienfinanzierung ist die Substanz unserer demokratischen Strukturen an-

gesprochen. Dieses Urteil verstärkt insofern den repräsentativen, demokratischen Auftrag der Parteien. Die Grünen wollen nun auch die anderen undurchsichtigen Elemente der Parteienfinanzierung auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüfen lassen. Ich hoffe, sie bleiben dabei. Das ist bis jetzt ihre erklärte politische Absicht, auch wenn sie selbst dadurch auf einige Millionen verzichten müßten.

Glauben Sie wirklich, daß die Parteien diesen Warnschuß des Bundesverfassungsgerichtes aufnehmen und sich wieder mehr um Wähler und Mitglieder bemühen werden?

Bis jetzt war zwischen den Wahlen völlig gleichgültig, was Wähler und Mitglieder sagten und dachten. Jetzt ist ein Anreiz geschaffen, der die Parteien zwingen wird, wieder stärker auf Mitgliederwerbung und Wählermeinung zu achten. Die innerparteiliche Demokratie ist als Bedingung parlamentarischer Vertretung gestärkt worden. Das halte ich für wesentlich für die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik.

Interview: Udo Knapp

Dr. Uwe Günther, Rechtsanwalt und Notar, Bielefeld, war Justiziar und Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Bundestag. Heute ist er Geschäftsführer des Republikanischen Anwaltsvereins.



Der Autohandel blüht trotz Wirtschaftsproblemen

Foto amw

Der polnische Staatspräsident Lech Walesa, dessen Aufstieg vom oppositionellen Arbeiterführer zum regierenden Staatsoberhaupt alle Welt fasziniert hat, traf bei seinem Deutschland-Besuch fast ausnahmslos auf politisches Wohlwollen und auf Sympathie; das nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil sein politischer Durchbruch in Polen im Jahr 1989, als die Gewerkschaft Solidarnosc die Alleinherrschaft der regierenden Kommunisten brach, auch ein Signal für die politische Wende in der damaligen DDR war. Tatsache ist aber auch, daß die wirtschaftliche Bilanz seiner Politik, mit der er diese offizielle Visite in Deutschland antrat, relativ bescheiden ausfällt.

Das zweifellos reformfreudige, vom IWF (Internationaler Währungsfonds) seinerzeit gelobte Polen befindet sich nach wie vor in einer kritischen sozialen Lage, die ihre Ursachen nicht nur im Nachlaß der Kommunisten hat, sondern auch in der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Krise. Bekanntlich ist die politische Landschaft Polens immer noch nicht stabilisiert - ebensowenig wie das Parteienspektrum. Das wurde deutlich, als die dritte Regierung innerhalb von drei Jahren bereits nach wenigen Tagen einen kompetenten Finanzminister und danach die Abstimmung über die geplante zweite Stufe der Wirtschaftsreformen im Parlament verlor.

Ende März hat Ministerpräsident Olszewski, der von einer Minderheitskoalition getragen wird, einen neuen Haushaltsentwurf eingebracht und damit die Vertrauensfrage gestellt. Über diesen Entwurf, der von kräftigen Ausgabenerhöhungen ausgeht, soll erst im Mai abgestimmt werden. Das unterstreicht, wie eng der politische Spielraum der derzeitigen polnischen Regierung ist - als Ergebnis der Protestwahlen vom Oktober 1991 gegen den Reformpolitiker Balcerowicz, der Polen mit einer Art wirtschaftspolitischen Schocktherapie von der zentralistischen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft führen wollte.

Drei Beispiele illustrieren die wirtschaftliche Krisensituation: Das Sozialprodukt Polens hat sich - wie auch in verschiedenen anderen Staaten des ehemaligen RGW-Blocks - rückläufig entwickelt. Von internationalen Fachleuten wird dieser Rückgang seit 1988 (dem letzten vollen Jahr kommunistischer Herrschaft) auf 25 % geschätzt. Dieser auch aus den Zusammenbruch des Handels mit den RGW-Staaten zurückzuführende wirtschaftliche Abstieg hat die entsprechenden sozialen Konsequenzen, zumal sich der wirtschaftliche Privatsektor - mit Ausnahme des Handels - erst in den Anfängen seines Aufbaus befindet und daher noch keine wirksame Alternative darstellt.

1991 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Polen um eine Million auf 2,2 Millionen. Von offizieller Seite wird geschätzt, daß diese Talfahrt bald die 3,5-Millionen-Marke erreichen kann.

Das Defizit im polnischen Staatshaushalt stieg 1991 - trotz der vorausgegangenen zweijährigen Bemühungen um Stabilität - mit 30 Milliarden Zloty auf eine neue Rekordhöhe. Dadurch wurde das vorher festgelegte und mit dem IWF abgestimmte Defizit um das Fünffache überschritten. So ist Polen bisher auch von der vorher proklamierten Finanzstabilität noch weit entfernt.

Die polnische Regierung will nach einem Beschluß vom Februar dieses

Jahres mit einem neuen Programm die Rezession durch Förderung von Investitionen und Exporten bei gleichzeitiger Drosselung der Importe bekämpfen. Trotz aller Sparmaßnahmen soll der Schuldendienst gegenüber den ausländischen Gläubigern fortgeführt werden, - vor allem gegenüber dem Pariser Club, der bekanntlich für einen beachtlichen Schuldenerlaß gesorgt hat. Die Mittel dafür sollen im wesentlichen aus dem Export kommen. Die Regierung will die Einnahmen des Staates durch Erhöhung der Umsatzsteuer und die Einführung hoher Steuern für Luxusgüter verbessern. Lohnerhöhungen sollen durch spezielle Steuern begrenzt werden. Trotz der Bemühungen um langfristigen Abbau der

Polen: Wirtschaftskrise noch nicht überwunden

Staatsverschuldung sollen den Bauern billige Kredite und Mindestpreis-Garantien für Weizen, Roggen und Milch eingeräumt werden. Die Preise für Energie, Medikamente, Mieten und öffentliche Transportmittel sowie die Rundfunk- und Fernsehgebühren sollen in jedem Quartal entsprechend der Inflationsrate heraufgesetzt werden.

Die Inflationsrate ist im übrigen innerhalb eines Jahres von über 1000 % auf unter 100 % gesunken. Diese positive Entwicklung kam vor allem durch die konsequente Abwertung des Zloty zustande, der dem damaligen Schwarzmarktkurs angeglichen wurde. Dadurch verschwand der US-Dollar als beherrschende Transaktionswährung. Die polnische Bevölkerung hat durch diese einschneidende Maßnahme wieder mehr Vertrauen in ihre Währung gefaßt.

Die immer noch von tiefen Widersprüchen geprägte Wirtschaftslage Polens erklärt wohl - verbunden mit der politischen Instabilität - auch, warum das Land bisher durchaus kein Lieblingskind westlicher Investoren geworden ist. Trotz der dort höheren Pro-Kopf-Verschuldung strömt bisher beispielsweise amerikanisches Kapital eher nach Ungarn, und obwohl die Reformen dort später begonnen wurden, fließt deutsches Geld eher in die Tschechoslowakei. Das Vertrauen westlicher Wirtschaftskreise in Polens Wirtschaft wird gewiß dadurch auch nicht gerade gestärkt, daß der für sie vielversprechende Reform-Kurs Balcerowicz mehr und mehr abzubrockeln scheint.

Dem polnischen Staatspräsidenten wird bei seinem Deutschland-Besuch nicht entgangen sein, daß die Vertreter der deutschen Wirtschaft überwiegend freundlich, aber mit deutlicher Zurückhaltung auf seine Wunschvorstellung verstärkter Investitionen aus dem Westen reagierten. Auch den polnischen Presseberichten ließ sich das danach unschwer entnehmen. So wird man vorerst wohl abwarten müssen, wie sich der Kurs der Regierung Olszewski und der Fortgang des polnischen Reformprogramms auf die Haltung westlicher Investoren auswirken.

Helmut Kater

Bildung / Soziales

Die Renten folgen den Nettolöhnen

Die Renten werden zum 1. Juli 1992 in den alten und neuen Bundesländern entsprechend der jeweiligen Nettolohn-Entwicklung erhöht. Dazu sagte Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm: "Die verfügbaren Einkommen von Arbeitnehmern und Rentnern sollen sich verlässlich im Gleichklang entwickeln. Deshalb gilt jetzt die Netto-Anpassung, wie sie in der Rentenreform gemeinsam von CDU/CSU, SPD und FDP sowie mit Zustimmung aller Bundesländer beschlossen wurde." Danach steigen die Renten am 1. Juli 1992 in den alten Bundesländern netto um 2,71 Prozent.

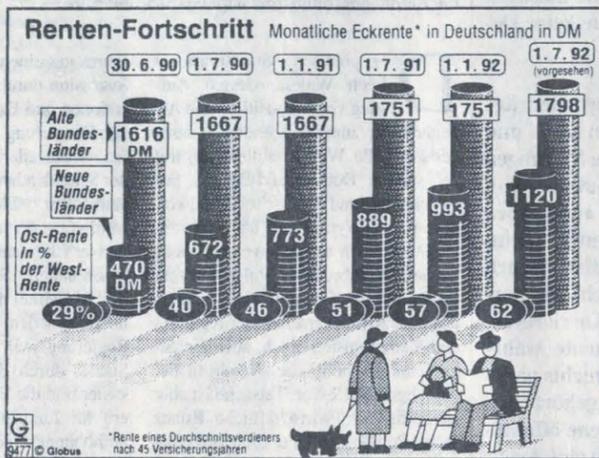
Diese Erhöhung ergibt sich einerseits aus dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten durchschnittlichen Anstieg der Nettolöhne und -gehälter im Jahre 1991 und berücksichtigt andererseits Belastungsveränderungen beim Beitragssatz zur Krankenversicherung der Rentner. Das Netto-Rentenniveau bleibt bei rund 68 Prozent stabil.

In den neuen Bundesländern werden die Renten entsprechend der dortigen voraussichtlichen Nettolohn-Entwicklung 1992 angepaßt. Danach beträgt dort die Netto-Rentenerhöhung zum 1. Juli 1992 zwar grundsätzlich 12,79 Prozent, im Durchschnitt dürften sich die Renten-Zahlbeträge aber nur um

rund zehn Prozent erhöhen, weil die sogenannten Auffüllbeträge an der Erhöhung nicht teilnehmen und weil in vielen Fällen - insbesondere bei ehemaligen Beziehern von Zusatz- und Sonderversorgungen - die anpassungsfähigen Renten erst vorläufig festgestellt sind. Auch die Sozialzuschläge, die noch als pau-

Auch nach der erneut unterschiedlichen Rentenanpassung in Ost und West wird das Renten-Gefälle noch erheblich sein: 100 DM Rente West entsprechen derzeit 56,70 DM Rente Ost. Ab 1. Juli 1992 wird sich dieses Verhältnis auf 100:62,26 verbessert haben. Eine Ost-Rente macht also auch dann noch keine zwei Drittel einer vergleichbaren West-Rente aus.

Der Abstand ist also noch erheblich, obwohl sich die Renten in den neuen



schalierte Sozialhilfe mit der Rente ausgezahlt werden, nehmen an der Rentenerhöhung nicht teil. Insgesamt ist deshalb die Bandbreite der tatsächlichen Zahlbetragssteigerungen im Einzelfall in den neuen Ländern sehr groß.

Die Rentenerhöhungen in Ost und West gelten prinzipiell auch für die Kriegsoffer- und Unfallrenten sowie in der Altershilfe für Landwirte, wobei jedoch die unterschiedlichen Regelungen des Krankenversicherungsbeitrages in diesen Bereichen zu berücksichtigen sind.

Ländern nach der erneuten Anpassung zum 1. Juli 1992 gegenüber dem Stand vor der Sozialunion zum 1. Juli 1990 im Durchschnitt bereits verdoppelt haben werden. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärte:

"Wenn die Rentenerhöhungen in Ost und West jetzt erneut sehr unterschiedlich ausfallen, folgt dies konsequent aus der unterschiedlichen Lohnentwicklung. Wenn die Löhne in Ost und West gleich sind, werden auch die Renten in Ost und West gleich sein und ab dann auch jeweils um den gleichen Prozentsatz steigen."

Enteignung? - im Grundgesetz kein Fremdwort

Tatsächlich ist im Grundgesetz an herausragender Stelle eine Regelung zur Enteignungsproblematik zu finden. Das Instrument der Enteignung ist keine originär sozialistische Errungenschaft. Überall dort, wo ein funktionierendes Gemeinwesen für die Erfüllung seiner elementaren Aufgaben von dem Einzelnen Opfer fordern muß, zu denen dieser nicht freiwillig bereit ist, kommt im Bereich des Eigentums die Enteignung als Instrument in Betracht.

Die Unterschiede in den Gesellschaftssystemen zeigen sich mehr in der Art, mit der man sich dieses Instrumentes bedient.

Geregelt ist diese Enteignung in Art. 14 GG, im Zusammenhang mit der Eigentumsgarantie, der Erbrechtsgarantie und der Sozialbindung des Eigentums (d.h. "Eigentum verpflichtet"). Auf den ersten Blick erscheint sowohl Eigentums- als auch Erbrechtsgarantie als etwas selbstverständliches. Aber es geht auch anders, wie man durch einen Blick in verschiedene andere Gesellschaftssysteme - in Vergangenheit und Gegenwart - feststellen kann. Die Garantie in Art. 14 erstreckt sich in zwei Richtungen. Zum einen wird garantiert, daß es die Rechtsinstitute "Eigentum" und "Erbrecht" überhaupt gibt. Zum anderen wird festgelegt, daß der einzelne Mensch in Deutschland vor staatli-

chen Eingriffen in sein Eigentum und sein Erbrecht grundsätzlich sicher ist. Damit soll ihm im vermögensrechtlichen Bereich - und mittelbar in weiten Teilen seiner Existenz - die eigenverantwortliche Gestaltung seines Lebens ermöglicht werden.

Von Rechts wegen

Dementsprechend ist der Eigentumsbegriff des Grundgesetzes weiter auszulegen, als im Bürgerlichen Gesetzbuch. Alle Vermögenswerten Rechte fallen unter den grundgesetzlichen Eigentumsschutz. Andererseits gibt es keinen unveränderlichen und absoluten Eigentumsbegriff, er wird vielmehr durch Gesetze definiert, die sein Inhalt und auch seine Schranken bestimmen.

Die Entziehung des Eigentums durch staatliche Stellen, d.h. die Enteignung, ist nur zum Wohle der Allgemeinheit gestattet. Wie das Bundesverfassungsgericht genauer faßt, muß es sich um die Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben handeln. Die Bereicherung einzelner Staatsfunktionäre ist - entgegen anderslautender Auffassungen - keine öffentliche Auf-

gabe. Da nicht nur der vollständige Entzug des Eigentums eine Enteignung darstellt, sondern auch bereits dann, wenn der betreffende Vermögenswert durch die staatliche Maßnahme in seinem Inhalt gemindert oder die Verfügungsfähigkeit über ihn in erheblichem Ausmaß eingeschränkt wird.

Wenn eine gesetzliche Inhalts- oder Schrankenbestimmung - ohne Entschädigungspflicht, und wann eine entschädigungspflichtige - Enteignung vorliegt, ist schwer abzugrenzen und die Obersten Gerichtshöfe haben verschiedene Kriterien dafür entwickelt, während das Bundesverfassungsgericht sich bisher noch nicht entschieden hat.

In Kombination der sinnvollen Teile aller Theorien ist unter einer Enteignung ein rechtmäßiger und vermögensbeeinträchtigender staatlicher Eingriff zu verstehen, durch den der Rechtsinhaber unzumutbar belastet wird, insbesondere wenn vergleichbare Dritte weniger schwer belastet werden.

Wegen der Höhe der Enteignungsentschädigung kann man klagen. Dafür sind aber, obwohl es sich um Verwaltungsrecht handelt, nicht die Verwaltungsgerichte zuständig, sondern die ordentlichen, d.h. die Zivilgerichte.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

Möglichkeiten für Mieter

Mit dem 3. Oktober 1990 ist das Mietrecht der DDR außer Kraft gesetzt worden. Seitdem gelten für alle bestehenden Mietverträge - unabhängig vom Datum des Vertragsabschlusses - die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß allein wegen dieser Rechtsänderung kein neuer Mietvertrag notwendig wurde.

Grundsätzlich ist den Vertragsparteien, Mieter und Vermieter, der Inhalt des Mietvertrages freigestellt. Der Mieter sollte aber unbedingt auf einem schriftlichen Vertrag bestehen. Außerdem gilt, daß die wichtigsten Rechte und Schutzbestimmungen des Mietrechts nicht zuungunsten des Mieters verändert werden können. Der Miet-

vertrag - Vertragsformulare sind im Handel erhältlich - besteht in der Regel aus einem Übergabeprotokoll, der Hausordnung und dem eigentlichen Vertrag. Im Übergangsprotokoll wird die Besichtigung festgehalten. Die Hausordnung regelt die Reinigungspflichten, Ruhezeiten, das Halten von Haustieren und dergleichen mehr.

Die Höhe der Miete und der Nebenkosten, die Dauer der Heizperiode und der Raumtemperatur gehören in den Vertrag. Oft verlangt der Vermieter eine Kautions. Sie darf in ihrer Höhe drei Monatsmieten nicht übersteigen und muß vom Vermieter zinsbringend angelegt werden.

Möchte der Mieter einen Teil seiner Wohnung untervermieten, so braucht

er das Einverständnis des Vermieters. Besteht an dieser Untervermietung ein berechtigtes Interesse, z.B., wenn ein pflegebedürftiger Verwandter aufgenommen werden soll, dann hat der Mieter sogar einen Anspruch auf die Zustimmung.

Wichtig zu wissen ist außerdem, daß das bundesdeutsche Mietrecht Kündigungen zum Zweck der Mieterhöhung ebenso ausschließt, wie aus Anlaß eines Besitzerwechsels. Für die neuen Länder gelten noch zusätzlich einige Schutzbestimmungen. So sind bis Ende 1992 Kündigungen des Vermieters grundsätzlich ausgeschlossen.

C. Tigges

„Der Mann mit der Laterne“

Dr. Thomas Barnado gründet die ersten Kinderheime in England

Feucht und kalt sind die Winter in London, und auch in dieser Nacht des Jahres 1865 treibt dichter Nebel von der These herauf in die Gassen des East End. Ein Junge in schmutzstarrten, abgerissenen Kleidern, und zwei Schritte hinter ihm ein Mann mit einer Laterne. Der goldene Kneifer und sein strenges Gesicht mit dem gepflegten Schnurrbart lassen erkennen, daß er aus einer besseren Gesellschaft stammt. Schon sind sie um die nächste Ecke verschwunden, weiter hinunter zum Hafen. Dieser skurrile nächtliche Passant ist Dr. Thomas Barnado, und er geht in die Geschichte ein als der "Engel der Kinder", der Gründer der ersten Kinderheime in London.

Thomas John Barnado wird 1845 in Dublin geboren. Mit 15 Jahren wird er konfirmiert, doch statt sich religiöser Lektüre zu widmen, schmökert er sich durch weltliche, vorzugsweise revolutionäre Bücher. Ein tiefes soziales Empfinden muß ihm wohl angeboren sein, denn er unterrichtet zeitweise in Armenschulen und besucht Kranke in seinem Wohnviertel. Mit 20 Jahren wird er auf einer Missionsveranstaltung von einem christlichen Redner so stark beeindruckt, daß er beschließt, Medizin zu studieren und als Missionar unter die Heiden nach China zu gehen. Er zieht im darauffolgenden Jahr nach London und inskribiert sich als Medizinstudent im ehrwürdigen Londoner Hospital, das mitten im East End liegt.

Schon bald wird Barnado mit den deprimierenden sozialen Verhältnissen des East End näher bekannt. Sein besonderes Augenmerk gilt der Not der obdachlosen Kinder, die durch die Straßen und Höfe des Viertels

streuen. Geleitet von der Erkenntnis, daß nur Lebendige zum Glauben bekehrt werden können, mietet er zum Preis von zweieinhalb Schillingen Wochenmiete einen alten Eselstall. Mit tatkräftiger Unterstützung einiger seiner Mitstudenten mistet er das Gebäude aus, tüncht die Wände weiß, stattet den Raum mit ein paar hölzernen Bänken und Öllampen aus und eröffnet so seine erste Zuflucht für Kinder. Einer dieser Jungs ist Jim Jarvis, ein aufgeweckter, elternloser Bursche, und er ist es auch, mit dem Thomas Barnado nächtliche Entdeckungsfahrten in die Winkel und Höfe des East End unternimmt, auf der Suche nach schutzlosen, hungrigen Kindern.

So auch in dieser feuchten Nacht des Jahres 1865, die sie in das verrufene Hafenviertel führt. In einer Sackgasse bei Houndsditch sind sie an ihrem Ziel angelangt: Der Junge zeigt wortlos auf das Dach eines langgestreckten Lagerschuppens. Als sich seine Augen an die Dunkelheit gewöhnt haben, erkennt Barnado, daß dort in der kalten Nachtluft ein Bündel Jungen schläft: "Ich zähle elf. Sie lagen mit ihren Köpfen auf dem höheren Teil und mit ihren Füßen in der Regenrinne... manche eingerollt, manche zu zweit oder zu dritt zusammengekauert, andere für sich alleine. Ihre Lumpen waren lediglich Andeutungen von Kleidern. Ihr Alter schwankte zwischen neun und vierzehn, würde ich sagen. Gerade da kam der Mond hinter einer Wolke hervor, und als das fahle Licht auf die hingewandten Gesichter dieser schlafenden Jungen fiel, und als mir die schreckliche Tatsache bewußt wurde, daß sie absolut heimatlos und mittellos waren und mit Sicherheit nur Beispiele für viele andere waren,

da schien es, als hätte Gott selbst plötzlich den Vorhang zur Seite gezogen, der das unbekannte Elend eines Kinderlebens auf den Straßen Londons vor meinem Blick verborg-

Zufällig gelangt der Text einer leidenschaftlichen Rede Barnados in die Hände des Earl of Shaftesbury. Er lädt Barnado zu einem Dinner ein, und in der sich entspannenden hitzi-

den verborgenen Schlafstellen der obdachlosen Kinder.

Damit ist der Wendepunkt in Barnados Leben erreicht. Er gibt seine Missionspläne für China auf und beschließt, im East End zu bleiben, um die Kinder zu retten. Mit einer Spende von 1000 Pfund setzt er sein Vorhaben in die Wirklichkeit um und eröffnet im Jahre 1870 sein erstes "Heim für mittellose Jungen". Diese Unterkunft in Stepney Causeway Nr. 18 bietet 25 Jungen Platz für die Nacht, ein beachtlicher Anfang, doch bei weitem nicht genug, alle aufzunehmen, die ihren Weg hierher finden.

Eines Abends müssen die letzten fünf freien Schlafplätze unter sechs bettelnden Jungen verteilt werden. Der sechste geht leer aus. Es ist John Somers, ein rothaariger Elfjähriger, der sich seine kümmerliche Existenz als Altpapiersammler und Schuhputzer zusammenkratzt. Wenige Tage später wird er frühmorgens in einem leeren Faß tot aufgefunden, gestorben vor Hunger und Kälte. Barnado versteht diesen Schock als heilsame Lektion: Am selben Tag noch bringt er ein Schild über seiner Eingangstür an, das niemals mehr entfernt werden sollte: "Keinem Kind in Not wird jemals der Eintritt verwehrt!" Darunter: "Die ganze Nacht geöffnet".

Manche Eltern oder Adoptiveltern betreiben ein ebenso lukratives wie mörderisches Geschäft, indem sie für ihre Schützlinge eine Lebensversicherung abschließen und die Kinder dann nach kurzer Zeit zu Tode bringen, sei es durch Verhungern, Erfrieren oder auch durch Ersticken.

All dies muß Barnado vor Augen gehabt haben. In seinem kleinen Gedichtband, den er 1888 schreibt, finden sich vier Zeilen, die sein Anlie-



gen Unterhaltung verlangt der Earl, daß Barnado seine geradezu ungläublichen Schilderungen vor Ort beweise. Auf der Stelle bricht Barnado mit den Gästen auf und nimmt sie mit auf einen Erkundungsgang zu

den verborgenen Schlafstellen der obdachlosen Kinder.

gen zum Ausdruck bringen. Dort heißt es:

"In Keller und Kammer, im Hof und im Gang sie weinen vor Kummer und Pein, und die Wölfe der Stadt schleichen heran - zurück Wolf, die Kinder sind mein!"

Thomas Barnados Charakter weist eine spezifische Mischung von Wesenszügen auf: ein grenzenloses Mitgefühl für die Schwachen, gepaart mit paternalistischer Strenge und eifriger Frömmigkeit. Im Gegensatz zu den meisten Philanthropen und Predigern seiner Zeit, erschöpft er sich jedoch nicht in Aufrufen und Belehrungen, sondern setzt seine ganze Kraft daran, tatkräftige Hilfe zu leisten. Barnado gibt selbst zu, nie sehr beliebt gewesen zu sein - bei den Erwachsenen. Denn mit seiner rücksichtslosen Beschreibung der Mißstände und seiner hartnäckigen Forderung nach finanzieller Unterstützung geht er der viktorianischen Oberschicht mächtig auf die Nerven. "Er war ihr Gewissen. Er brachte den Geruch der Slums in ihre Wohnzimmer", notiert ein Zeitgenosse.

Mit Erfolg. Als er 1905 stirbt, sind im Laufe der Jahre in seinen Kinderheimen, die sich allmählich über das ganze Land verbreitet haben, zusammengekommen 59 384 Kinder von der Straße aufgelesen und vor Unheil bewahrt worden. In vierzig Jahren intensiver Arbeit ist ein Netzwerk von Wohnheimen, Tagesschulen, Krankenhäusern und Bildungsstätten entstanden, das als Modell staatlicher Jugendfürsorge in vielen Ländern der Welt übernommen wurde.

Martin Glauer

Wirtschaft

Rostocks Beitrag zur Klimakatastrophe

Würde in unserem Land alles so rasch wachsen, wie die Türme des umstrittenen Steinkohlekraftwerkes in Rostock, hätten wir Mecklenburger die Japaner schon bald eingeholt. In Windeseile - in nur neun Monaten - wurde das Genehmigungsverfahren durchgeboxt. Auch am nötigen Schluß zwischen Schweriner Landesregierung und Rostocker Koalition fehlte es ausnahmsweise nicht. Demokratische Regeln und Verfahrensrichtlinien nahm man nordisch lax. O-Ton Peter-Uwe Conrad (Staatssekretär im Umweltministerium): "Demokratische Spielereien können wir uns später erlauben!" Später ist zu spät, das meinen jedenfalls viele Rostocker, die ihre kranke Heide besser kennen als der Staatssekretär. Fünf Gemeinden in der Abgasfahne des Kraftwerkes, der Landkreis Rostock und Matthias Raudsus von der Energiewende Nord als Privatperson klagen gegen den Durchmarsch der Kraftwerksnetzgesellschaft und fordern den sofortigen Baustopp.

Der Mecklenburger Aufbruch sprach mit Matthias Raudsus (Neues Forum) über das Rostocker Kraftwerk:

Man hat den Eindruck, das Kraftwerk wurde zu einem Politikum hochgepeitscht?

Es ist ein Politikum! Und zwar dadurch, daß ein Ministerium als Verantwortlicher für die Genehmigung, diese Entscheidung mit so gravierenden Mängeln gefällt hat.

Andererseits hat man sich aber auch in Rostock für das Kraftwerk stark gemacht...

Die Beweggründe der Rostocker SPD, sich für dieses Kraftwerk zu en-

gagieren, bleiben mir auch weiterhin verschleiert. Die anfängliche Begründung - 2000 Arbeitsplätze und große Investorenlocke war nicht haltbar. Das Gegenteil ist der Fall. Hier hat man sich zu Ungunsten der Stadt beraten lassen und entschieden.

Die Energiekonzerne haben schon lange vor der Wende mit der DDR-Regierung verhandelt, hatten sie deshalb hier so einen guten Einstand?

Das kann ich nicht einschätzen, ich weiß aber, vorher gab es Absprachen und eigentlich waren acht Kraftwerke dieses Typs geplant. Der Stromvertrag ist sicher ein Resultat der bestehenden Kontakte. Derzeit klagen 146 Gemeinden in Karlsruhe gegen diesen Vertrag. Eigenartigerweise ist auch Rostock noch Mitkläger in dieser Gemeinschaft, obwohl ein 20jähriger Konzessionsvertrag abgeschlossen wurde.

Man spricht von einer Milliarde Verlust durch diesen Vertrag für die Kommune?

Über die finanziellen Ausmaße kann ich mich nicht festlegen, es ist aber auf jeden Fall so, daß die Stadt weitaus besser fährt, wenn sie ihren Strom und die Fernwärme selber produziert und nicht einkaufen muß. Andere Städte haben das geschafft, z.B. Leipzig.

Die Rostocker Stadtwerke pochen anscheinend zu wenig auf kommunale Eigenständigkeit, oder?

Ja, die Stadt nimmt an, daß sie mit ihrer 70%igen Beteiligung an den Stadtwerken, 30% tragen die Preussen-Elektra-Tochterunternehmen

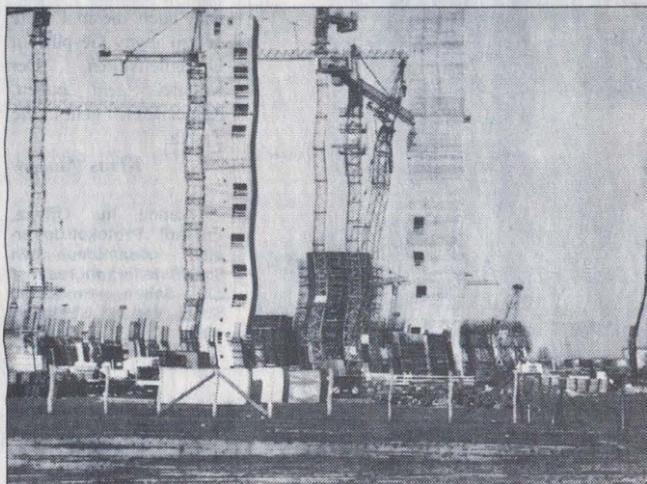
	Konventionelles Kraftwerk 508,6 MW _e		GuD-Kraftwerk mit integr. Kohlevergasung 508,6 MW _e 306,9 MW _e		
	kg/h	mg/kWh	kg/h	kg/h	mg/kWh
Staub	52,8	103,8	5,1	3,1	10,1
SO ₂	290,7	571,6	19,9	12,0	39,1
NO _x	305,9	601,5	103,1	62,2	202,7
CO ₂	405.634	797.600	372.180	224.581	731.800

Diese Gegenüberstellung verdeutlicht die enormen Unterschiede bei den zu erwartenden Schadstoffemissionen bei herkömmlichen Kraftwerken (z.B. Rostock) und moderneren GuD-Kraftwerken (z.B. Lübeck).

(Quelle: Deutsches Brennstoffinstitut GmbH, Außenstelle Rostock, Dipl.-Ing. H. Hackel, 1991)

Schlesvag und Hevag, Einfluß nehmen kann. Letztendlich wird es aber immer so sein, daß die Stadt eben nicht Gewinne in Größenordnungen einfahren wird durch den kleinen Querverbund Gas/Fernwärme, wie

es möglich wäre durch den großen Verbund mit Strom. D.h., sie wird immer in finanziellen Schwierigkeiten sein und gegenüber den finanzkräftigen Partnern Zugeständnisse machen müssen.



Mit den Türmen wächst der Widerstand.

Welche Hauptargumente gibt es gegen das Kraftwerk?

1. Die verfahrenstechnischen Angelegenheiten, die tatsächlich nach Gesetz falsch gelaufen sind, z.B. sind die Gemeinden im Raumordnungsverfahren ungenügend und teilweise gar nicht angehört worden.

2. Man hat weiterhin die Planungsabsichten der Gemeinden nicht berücksichtigt.

3. Der sofortige Vollzug zum Bau des Kraftwerkes ist seitens des Umweltministeriums völlig unzureichend begründet worden. Es existiert keine Energiekonzeption, aus der hervorgeht, daß wir dieses Kraftwerk benötigen.

4. Es gibt keine Emissionsvorbeltungsmessung, die etwas über die Verträglichkeit der Belastungen für die Rostocker Heide aussagt. Der jetzt vorliegende Waldschadensbericht ist erschreckend und warnt vor weiteren Emissionen.

5. In Schwerin verweigert man die Umweltverträglichkeitsprüfung, es wurden keine alternativen Standorte und Techniken geprüft.

6. Das Kraftwerk verursacht, bezogen auf die Gesamt-Kraftwerksleistung der BR, eine Zusatzbelastung an CO₂ von 1% und das bei dem erklärten Ziel der Regierung, bis zum Jahr 2000 den CO₂-Ausstoß um 25% zu reduzieren.

Welche Alternativen schlägt die Energiewende Nord vor?

Die dezentrale Energieversorgung ist unserer Ansicht nach die mit Zukunft. Vor allem in zweierlei Hinsicht - mit Blick auf die enorm angespannte Situation der kommunalen Haushalte; kleinere Kraftwerke erreichen einen höheren Wirkungs-

grad und tragen maßgeblich zur CO₂-Verringerung bei. Wir sind für das Lübecker Modell, dort wird ein wesentlich kleineres und moderneres GuD-Kraftwerk errichtet.

Die vielen Verfahrensfehler, sind sie Unvermögen oder Methode?

Bei einem Gespräch hat die Umweltministerin zum Ausdruck gebracht, daß das Genehmigungsverfahren während des Aufbaus des Ministeriums anließ. Sinngemäß hat sie zu erkennen gegeben, daß das Ministerium eigentlich damit überfordert gewesen ist. Diese Situation hat man seitens der Betreiber ausgenutzt.

Eure Meinung zur Anzeigenkampagne der Betreiber?

Blanke Demagogie! Neulich veröffentlichte auch das offizielle Amtsblatt des Senats einen einseitigen Propaganda-Artikel für das Kraftwerk...

Das war eine Frechheit. Die Entscheidung ist damals äußerst knapp und unter massivem Druck für das Kraftwerk ausgefallen. Es ist mehr als selbstverständlich, daß sich der Oberbürgermeister dafür entschuldigt hat und Platz für eine Gegendarstellung einräumte.

Wie weiter?

Wir erwarten erstmal Anfang Mai Antwort auf unsere Klage. Vorher wollen wir der Umweltministerin eine Unterschriftensammlung gegen das Kraftwerk übergeben. Wir hoffen auf ein politisches Signal aus Schwerin!

Interview: Constanze Steinke

Spenden für den Rechtsmittelfond der Energiewende Nord e.V. (steuerlich abzugsfähig): Kto. 1023811, BLZ: 13040000, Commerzbank Rostock

EISKALTE LEIDENSCHAFT

Schauburg Schwerin
tägl. 15.00 »Schneewittchen«, 17.00 u. 19.30 Uhr und Fr. - So.
22.00 Uhr »Eiskalte Leidenschaften«, Mi. 10.00 Uhr »Schneewittchen«

Der PC-Laden
Personal-Computer, Zubehör und Schulung
Reparaturservice aller gängigen Geräte
Lübecker Str. 22 - 2060 Bad Oldesloe
Fax 04531 / 12309 - Tel. 3327
Am Fischkombinat 11 - 2500 Rostock
Gebäude 218, Raum 006
Fax 081/3337 - Tel. 3336

Frühjahrs-Autoausstellung mit Zweiradschau
PKW's - Zubehör - Nutzfahrzeuge
Erleben Sie die
Frühjahrsschau 30.4.-3.5.
Ausstellungszentrum an der B104 bei Güstrow

DEN ARMEN GERECHTIGKEIT
SPENDEN-KALENDER-POSTER



Dieser originelle Kalender ist nicht nur ein attraktiver Wandschmuck und Zeitgeber. Durch tägliches Spenden einer Münze in die dafür vorgesehenen „Taschen“ bekommt die Projektarbeit von BROT FÜR DIE WELT die notwendige Unterstützung. Nach der einmaligen Anschaffung bedarf es nur noch der jährlichen Nachbestellung der neuen Kalendarien. Er kostet DM 12,- zzgl. Versandkosten und ist zu beziehen über BROT FÜR DIE WELT Postfach 101142 7000 Stuttgart 10 oder bei Ihrem evangelischen Pfarramt.

frb
Dachdecker und Bauklempner
Sanitär - und Heizungsinstallation
"Fritz Reuter" Bau GmbH
O-2730 Gadebusch, Güstrower Weg 3
Tel. 28 14 • Fax 24 21

INSERIEREN IM MA - IHR VORTEIL!

Achtung - Neue Anschrift
Mein Büro ist umgezogen
IMMOBILIEN SCHWERIN
ISOLDE HOMUTH
Heinrich-Mann-Straße 11
2755 SCHWERIN
Tel.: 8 35 28 • Fax 8 35 28

Wir suchen weiterhin für unsere Kunden Häuser, Grundstücke, Anlage- und Gewerbeobjekte, Ladenflächen.

HONDA PAETZEL
Motorräder u. Service
Max-Planck-Str. 5
2418 Ratzeburg
Tel. 0 45 41 / 57 76

Radiofan sucht Röhre EM 80 sowie russ. Gerät »Signal 601«, auch defekt.
H. Schrock,
Helsinki Str. 83/502
2520 Rostock 22

Suche Interessenten zum Datenaustausch über die Deutsche Handelsmarine 1870 bis heute.
H.-J. Albert
Schrangesstr. 12
W-2418 Ratzeburg

Wer kann helfen?
Die Fibel aller Jahrgänge im gesamten deutschsprachigen Raum suchen Schüler einer Grundschule in Mecklenburg.
Wer unterstützt die Ausstellungspläne der Kinder und verschenkt oder verkauft seine alte Fibel?
Porto wird garantiert rückerstattet.
A. Prinzer, Dorfplatz 3
O-2711 Rampe

riemer CRIVITZ
Wenn Sie nicht warten wollen auf Servicetermine, dann kommen Sie zu uns nach Crivitz.
Geschulte Fachkräfte reparieren und pflegen Ihr Fahrzeug in kürzester Zeit.
- Keine langfristigen Werkstatt-Termine -
Außerdem bieten wir sämtliche VW-, Audi-Ersatzteile für Ihr Fahrzeug.
Unsere Kfz-Meister Herr Pupp und sein Team freuen sich auf Ihren Besuch.
„riemer - echt stark!“
Gruß aus Crivitz
riemer 2712 CRIVITZ
Parchimer Str. 64, ☎ 32 47

Kultur

Baden gehen

Das Protokoll des ersten gesamtdeutschen Schriftstellerkongresses liegt jetzt als Buch vor

"Komm! ins Offene, Freund!", diese Anfangszeile des Hölderlin-Gedichtes "Der Gang aufs Land" ward zum Motto des VS-Kongresses vom 24. bis zum 26. Mai 1991 in Lübeck-Travemünde gewählt. Kein Mangel an hohem Ton also; Gedankenschärfe inbegriffen... Leider muß es ganz anders gewesen sein. Das jetzt im Göttinger Steidl Verlag von Wolfram Dorn und Klaus-Dieter Sommer herausgegebene Protokollbuch ist in seiner Summe ein Zeugnis unfreiwilliger Komik. Literarische Prominenz fehlte - bis auf Stefan Heym - völlig; fällige Kontroversen wurden ohne Mühe unter den Teppich des noblen Tagungshotels gehalten. Kein Streit, keine Analysen, aber zweieinhalb Tage lang Reden und Reden. Westdeutsche Lokalmatadoren und Sitzriesen beherrschten die traurige Szenerie.

Dabei wäre es an der Zeit gewesen, die deutsch-deutsche Nichtvereinigung im Feld der Literatur einer detaillierten und ehrlichen Prüfung zu unterziehen; nichts dergleichen ist geschehen.

Im Vorfeld des Kongresses hatte sich genug Zündstoff angesammelt: In einem Brief an 23 ostdeutsche Autorinnen und Autoren hatte der VS-Bundesvorstand darum gebeten,

einen VS-Beitritt noch einmal zu überdenken, so etwas wie eine Schamfrist verstreichen zu lassen. Die Betroffenen - unter ihnen Hermann Kant, Günter Görlich und Dieter Noll - sahen das selbstverständlich anders und sprachen von "Blauen Briefen" und "Schwarzen Listen"; das "Neue Deutschland" gar von "Berufsverbot"... Dies ließ den Berliner Regionalverband nicht ruhen, er nahm alle in der Hauptstadt wohnenden Opfer der furchtbaren Unterdrückung flugs in seine Reihen auf.

In Travemünde dann kam es in dieser Frage lediglich zu öden Verfahrensdebatten: Welche Verbindlichkeit hat so ein Brief? Sollten wir nicht dem VS-Vorsitzenden Uwe Friesel das Mißtrauen aussprechen?... Am Ende versandete der Diskurs, keine Beschlüsse. Aber: Eine Kommission mußte her, sie arbeitete seit nunmehr fast einem Jahr die Stageschichte beider Schriftstellerverbände auf! Heinz Kahlau - selber einige Zeit ein IM - berich-

tete nebulös vom Stand seiner Ermittlungen: Er war verantwortlich für die Dokumentation der ostdeutschen Stasiverstrickungen, na ja... Von ihm keine Zahlen, keine Fakten, aber das Versprechen, die verwahrten Akten sorgsam zu hüten.

Stefan Heym hatte in seiner Rede zum wiederholten Male gemeint, ein neuer Balzac müsse unsere fatale Gegenwart episch ausleuchten. Ich denke, ein neuer Moliere wäre nötig, um die höchstlebendigen Realgrotesken ins Bild zu setzen.

Immerhin, die glänzende Rede des rumäniendeutschen Dichters Horst Samson nahm sich sehr fremd aus in der allgemeinen Gschafthuberei. Samson fand deutliche Worte angesichts der Heuchelei von Weißwäschern, die ihren Opfern natürlich nie verzeihen können.

Eine schöne Debatte durchzog den Kongreß am Rande: Rainer Kirsch war nicht aufzufinden. "Wo ist Rainer Kirsch? Ich hab ihn gesehen. Nein, er ist nicht hier. Ich glaube, der ist in der Sauna. In der Sauna? Na gut, aber am Abend wird er ja lesen..." Kirsch zeichnete schon immer die Fähigkeit aus, sich im richtigen Augenblick unsichtbar machen zu können, auch diesmal hatte er ein gutes Gespür für Unsäglichkeiten. Der Kongreß geht baden, Rainer Kirsch geht in die Sauna.

Klaus Pankow

"Komm! ins Offene, Freund!". Protokoll des ersten gesamtdeutschen Schriftstellerkongresses, 207 Seiten, Broschur, Steidl Verlag, Göttingen 1992



Verschwand im Dampfbad: Rainer Kirsch

Foto: R. Melis

Kalenderblatt

Leben am Herzen der Natur

Vor 205 Jahren wurde Ludwig Uhland in Tübingen Geboren

"Kein Deutscher, der nicht seinen Uhland kennt, mit Stolz den Mann, mit Preis den Sänger nennt", reimte einst Uhlands Dichterkollege Gerok. In der Tat galt der am 26. April 1787 in Tübingen geborene schwäbische Poet, dessen Schaffenszeit verhältnismäßig früh endete, Mitte des 19. Jahrhunderts als Haupt der deutschen Dichter. In den dreißiger Jahren war sein Ruhm bereits so verbreitet, daß alljährlich Neuauflagen seiner Lieder und Balladen herausgebracht werden mußten, um die Nachfrage zu befriedigen. Seine volkstümlichen Gedichte wie "Frühlingsglaube", "Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein", "Bei einem Wirte wundermild", "Ich hatt' einen Kameraden" sowie die Balladen und Romanzen wurden von Brahms, Liszt, Mendelssohn-Bartholdy, Schubert, Schumann und Loewe vertont und haben nicht zuletzt deshalb die Zeiten überdauert.

"Bei uns gibt's keine Schule / Mit eigenem Schnabel jeder singt / Was halt ihm aus dem Herzen springt", hatte sich bereits Justinus Kerner gegen die Einordnung in den Begriff "Schwäbische Schule" gewehrt, zu der die Literaturwissenschaft neben Mörike, Fischer, Kerner, Mayer und Schwab auch Uhland als Vollender

der schwäbischen Romantik zählt. Allen gemeinsam ist jedoch, daß sie keine Stubenpoeten waren, sondern am Herzen der Natur lebten und dichteten.

Ludwig Uhland, der 1810 zum Studium der Rechte nach Paris gegangen war, sich aber vornehmlich mit altdeutscher und -französischer Poesie befaßt hatte, veröffentlichte 1815 seine ersten Gedichte. Unschätzbare Verdienste erwarb sich der Dichter, der nach kurzer Rechtsanwaltschaft in Stuttgart von 1829 bis 1832 Professor für Germanistik in seiner Heimatstadt war, um die volkskundliche Forschung in Deutschland. Dafür stehen seine Schrift "Walter von der Vogelweide" (1822) und die Sammlung "Alte hoch- und niederdeutsche Volkslieder" (1844).

"Geben Sie acht, der Politiker wird den Poeten aufzehren", sagte Goethe zu Eckermann mit Anspielung auf die politische Lyrik Uhlands, der regen Anteil an den Verfassungskämpfen nahm, 1848 als liberaler Abgeordneter in die Frankfurter Nationalversammlung einzog und als "unpraktischer Idealist" für ein sechsjähriges Wahlkaisertum eintrat, das "mit einem vollen Tropfen demokratischen Öls" gesalbt sein sollte. In

der Tat erreichen Uhlands patriotische Gesänge nicht die Höhe seiner sich durch schlichte Innigkeit auszeichnenden Liebes- und Naturlyrik. Auch Uhlands dramatischen Versuchen, denen es an Bühnenwirksamkeit mangelte, war kein bleibender Erfolg beschieden. In seinen Stücken "Ernst Herzog von Schwaben" und "Ludwig, der Bayer" fühlte sich das Publikum, wie ein Rezensent anmerkt, wie ins Parlament versetzt. Rede folgte auf Gerede, der es an innerer Spannung gebrach.

Dennoch notierte Friedrich Hebbel, nachdem er die Nachricht vom Tode Uhlands am 13. November 1862 erhielt: "Der einzige Dichter, von dem ich ganz gewiß weiß, daß er auf die Nachwelt kommt, nicht als

Name, sondern als fortwirkende, lebendige Persönlichkeit." Für viele zu Volksliedern gewordene Verse Uhlands gilt das ganz sicher.

Dorothee Trapp



Bernd Jentzsch

Von Gedichten

1) Zahl-, schutz-, macht-, folgenlos. 2) Aber wenn sich etwas zu verändern beginnt, zeigt man auf die, die sie gemacht haben. 3) Wer Gedichte machen will, muß einmal gestorben sein zur Hälfte des Lebens; ein Widergänger, die leuchtenden Adern im Staub. 4) Wilders Komödien, Becketts Prosa, das Spargelbund Manets von 1880 sind Gedichte. Und Vallejos Schreie, die eure Mittagsruhe beeinträchtigen. Note zu 1) Zunehmend kunstlos, d.i. Magerstufe der Welthaltigkeit. 5) Gemalte Fensterscheiben Beton, vollgesprayt. 6) Der Lyriker braucht die Vernunft nicht zu fürchten, denn sie fürchtet ihn doch auch nicht. Oder 7) Was die Welt im Innersten zusammenhält. Seit E=mc konjugieren wir in der falschen Zeitform. 8) Einer hats gewußt, Zu den Akten. 10) Vor Auschwitz hätten wir es auch ohne sie zu Auschwitz gebracht; jetzt fehlen sie. 11) Bertolt, erhebe dich! Ruft auch Dante zurück. Rotte der selbsternannten Dichter, weggetreten! 9) Kohlrabi ist eine Gemüsesorte. Zeigt mir den Vers, der wahrhaftiger ist. 12) Sie hätten euch, die ihr sie nicht lest (das eingeschlossen), bei der Evolution behilflich sein können von den Wilden zu den Halbwilden. 13) Gedichte sind nicht für mostpeople; einige taugen, vielleicht, für dich und mich. 14) Damit schließe ich jedwedes! Poesiealbum, endgültig. Herrenanrufe zwecklos. Ab in die Wüste! Note zu 1) Und schlecht bezahlt.

1991, am Muttertag

Erzähle mir keiner, er hätte schweigen müssen und reden und schreiben, wie befohlen. Entschuldige sich keiner mit Achselheben, so sei nun mal das Leben.

Bernd Jentzsch, geb. 1940 in Plauen, gründete 1967 das Poesiealbum. Dieses kleine schmutzige Heft in den Staatskiosken zwischen Junger Welt und Weltbühne war lange ein irritierender Widergänger, nicht sonderlich ernst genommen von "mostpeople" und doch in jeder Ausgabe Beweis. Zeichen vom menschlichen Leben jenseits des Terrors und des freiwilligen Schweigens. 171 Hefte hat Jentzsch "gemacht", bis er 1977 wegen Biermann und Kunze vor dem angekündigten Knast aus der Schweiz nicht wiederkam: "Ich bin der Weggehetzte./Nicht der erste, nicht der letzte./Mir ist die Welt ins Herz gesprungen./Mir, dem großen Lausejungen." schrieb er damals. Mit seinem Poesiealbum kamen Lorca, Desnos, Nagy, Eich, Thomas, Zwetajewa, Brockes, Enzensberger, Herbert, Ungaretti, Leising, Inge Müller, Mickiewicz, Theodorakis und und und ins umzäunte Sozialistenland.

Gedichte sind eben nicht zahllos, schutzlos, machtlos und folgenlos schon gar nicht. Sie sind zwar schlecht bezahlt, aber das hat ihnen noch nie geschadet. Sie finden ihren Weg über alle Zeiten hinweg. "Mutterseelennackt" lagen die Poesiealben mittenlang dem zensierten Parteigeschreibsel und strahlten. Gedichte sind nicht das ganze Leben, sie wenden die Geschichte nicht, sie sind ungeeignet für Evo- oder Revolutionen - Hauptsache sie stellen sich gekonnt "mit dem ganzen Leib in den Wind"!

Lieb ich Dantes Höllenschlünde sowieso und auch Brechts weiße Wolke, grausts und grollts in mir doch wegen Bertolts eloquenten Fluchten.

Gut, daß das Poesiealbum mit dem SED-Staat unterging - es gehörte zu ihm und nur zu ihm.

Wohlthuend, daß Jentzsch jetzt Meister an der Dichterschule in Leipzig geworden ist. Auch wenn ich schon viel zu alt geworden bin, ich wäre so gern sein Schüler.

Den BrennGlas Verlags-Leuten ein großes Dankeschön für die Erinnerung an eine Lyrikreihe ohne Beispiel.

u.k.

Poesiealbum 276 Bernd Jentzsch, Das abschließende Heft!, Assenheim 1991 im BrennGlas Verlag, Preis 18 DM.

Hier geht's zum Abo

52mal Mecklenburger Aufbruch für nur 50,- DM oder das Förder-Abo für 70,- DM

JA! Ich möchte abonnieren. Das Abo geht an:

Name/Vorname _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird

Gewünschtes Abo ankreuzen: Förder-Abo 70,- DM Normal-Abo 50,- DM Geschenk-Abo 50,- DM Studenten-Abo 40,- DM oben den Namen des Beschenkten eintragen Immatrikulationsbescheinigung beilegen

Gewünschte Zahlungsweise: Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung) Bequem und Bargeldlos durch Bankabbuchung

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift. Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Schnupper-Abo

10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10,00 DM incl. Versand

JA! Ich will den MA 10 mal jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

Gewünschte Zahlungsweise: Ich lege 10,- DM in bar bei Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10,- DM bei. Abbuchung vom Konto:

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Wenn mir der MA gefällt, wandelt sich das Abo nach 10 Wochen in ein normales Jahresabo für 50,- incl. Versand um.

Möchte ich den MA nach Ablauf der 10 Wochen nicht weiterlesen, genügt bis 10 Tage vorher eine kurze schriftliche Nachricht an die unten angegebene Adresse.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift. Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Kultur

Ausstellung

Jörg-Peter Bauer

Werke des Dresdner Malers Jörg-Peter Bauer sind derzeit in der Neustrelitzer Galerie refugium zu sehen. Die Bilder des 1955 in der sächsischen Metropole geborenen Malers sind hochsensible Spiegelungen und Reaktionen auf die Realität. Bauers zauberische Gespinste in intensiver Farbigkeit auf zumeist dunklem Grund nehmen gefangen und lassen nicht mehr los, indem sie dem Auge und der Phantasie vielfach Möglichkeiten bieten, einen Pinselstrich aufzunehmen, auf Entdeckung zu gehen und fortzuführen.

"Das sind keine Geschichtsbücher, doch schwere Seiten fermentierter Geschichten, überlagert von variablen Rastern, die gleichermaßen alltäglichen Denk-, also Lebensstrukturen zugrundeliegen", schreibt Henrik Weiland im Ausstellungskatalog. Weiland, der den künstlerischen Weg Bauers seit Jahren begleit-

et, eröffnete die Ausstellung in der Galerie mit einer eindrucksvollen Performance.

Jörg-Peter Bauer arbeitet nach dem Abschluß eines Germanistik- und Kunsterziehungsstudiums seit 1987 freischaffend. Er ist Mitglied des Sächsischen Künstlerverbundes. Bisher waren Einzelausstellungen von ihm in Dresden, Weimar und Ludwigsburg zu sehen. Hinzu kommen Ausstellungsbeteiligungen, u.a. in Thun (Schweiz) sowie Mainz und Berlin. An Aktionen und Performances war er u.a. 1989 und 1990 jeweils in Dresden mit K.Werner und F.Dittmann bzw. V.Lenkeit und R.Mansfeld und 1991 in Dresden und München mit der Gruppe "Russischer Indianer" zu sehen. Er arbeitet am Dresden-URSTROM-Projekt als Stipendiat der Stadt Dresden.

Die Ausstellung in Neustrelitz ist noch bis zum 12. Mai zu sehen.

„MV-Foto“

Im März 1992 wurde in Güstrow der Verein "MV-Foto" gegründet. Er wird sich um die Förderung der Fotografie im Lande Mecklenburg-Vorpommern bemühen. Schwerpunkte der Arbeit sind der Aufbau eines Fotozentrums mit einer Galerie, das Organisieren von Fotoausstellungen im ganzen Lande und das Einrichten eines Archivs, in dem regionalgeschichtlich bedeutende Fotografien gesammelt werden.

Am 28. April wird um 17 Uhr im Mecklenburgischen Staatstheater

Schwerin die Ausstellung "Die Kunst, ein Bild zu bewahren" eröffnet.

Gezeigt werden Fotografien von Lewis Hine, Alfred Stieglitz, Edward Steichen, Edward Weston, Man Ray, Ansel Adams und anderer bedeutender amerikanischer Fotografen.

Die Ausstellung wurde möglich durch gute Zusammenarbeit mit dem Amerika-Haus Berlin und dem mecklenburgischen Staatstheater Schwerin.

Design-Preis

Der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Conrad-Michael Lehment (FDP) hat erstmalig einen Design-Preis Mecklenburg-Vorpommern ausgeschrieben.

In den Sparten Industriedesign, Grafikdesign und Schmuckdesign erhalten die ersten drei Arbeiten Prämien zwischen 1000,- und 3000,- Mark.

Die besten Exponate werden anschließend auf der Weltausstellung im spanischen Sevilla vom 14. - 21. Juni gezeigt. Im Rahmen des deutschen Pavillons hat dort jedes Bun-

desland eine Woche zu gestalten. Im Herbst werden die Exponate an einer Wanderausstellung in- und außerhalb Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen. Die Preisverleihung erfolgt am 1. Juni im Wirtschaftsministerium des Landes.

"Designer sind für mich als Mittelstandsminister nicht in erster Linie Künstler, sondern sie sind Unternehmer, denen ich beim Marktzugang helfen möchte", erklärte Minister Lehment. Gerade bei der Flut der Konkurrenten aus dem Westen gehe es darum, die eigenen Designer und ihre Produkte zu unterstützen.

„Hexenkunst“

In dem 15 Kilometer nördlich von Wismar gelegenen Dorf Heidekatzen beginnt am Sonnabend, den 2. Mai um 15 Uhr eine "Hexenkunstausstellungseröffnung". Gezeigt werden Malerei und textile Objekte der vier "Hexen und Meister" Jorinde Gustavs (Stralsund), Svea Gustavs (z.Zt. Groningen/Holland), Andre Volkmann (Berlin) und Alf Wandenelis (Lübeck). Neben den Exponaten werden selbstgebackener Kuchen, Maschinenkaffee, Hexensalate, Wein und Musik gereicht; am Abend gibt es Musik aus Irland mit den Musikern Tony Small & Cian O'Sullivan.

Der im Frühjahr 1991 gegründete "Galerie Heidekatzen e.V." will mit seinen Aktivitäten die durch den Kunstmaler Carl Hinrichs begründete Tradition der Kunstausstellungen in Heidekatzen fortsetzen. Dazu stell-

te die Gemeindevertretung Blowatz kostenlos zwei Räume der ehemaligen alten Schule zur Verfügung, die einst Klassenzimmer, Kindergarten, Ausbildungsstätte, Lagerräume und zuletzt Ausstellungsräume für die Bilder Carl Hinrichs waren. Bereits 1991 sahen ca. 2000 Besucher die verschiedensten Ausstellungen in der Galerie. Neben den Ausstellungen fanden dort auch Lesungen, Filmvorführungen, Puppentheatervorstellungen und Spinnnachmittage statt.

"Kunst- und Kulturverständnis fördern, die Begegnung mit Kunst- und Kulturinteressierten Menschen, mit Bildern, Farben, Material und Lebensfäden suchen, Brücken bauen zwischen den verschiedenen Lebensmöglichkeiten" - so formuliert sich das Credo des Galerie Heidekatzen e.V.

Erfolgs-Musical

Nach der überaus erfolgreichen Premiere in Schwerin kommt Leonard Bernsteins "West Side Story" in Mecklenburg-Vorpommern nun auch am Volkstheater Rostock zur Premiere.

Die Proben laufen bereits seit dem 20. Februar, zunächst vor allem Tanzproben, wozu die Berliner Choreographin Helga Wolf, die in Rostock "Anatevka" choreographierte, als Gast gewonnen werden konnte.

Regie führt Operndirektor Rainer Wenke, die musikalische Leitung hat Peter Aderhold, die Ausstattung besorgt Karina Alisch-Lang. Etlliche Gäste mit Musicalerfahrung wurden engagiert: Susanne E. Walbaum (Maria), Norman Stehr (Bernardo) und Percival Angeles (Chino) aus Hamburg; die Rolle des Tony singt Torsten Süring, der bereits in der "West Side Story" am Metropoltheater mitwirkte. **Premiere: 2. Mai**

Mecklenburgisches Staatstheater

Menschen sind schlecht

Michael Jurgons inszenierte Molières „Menschenfeind“ in Schwerin

Das Theater ist ausverkauft, eine kurze Vorspielmusik erklingt, der Vorhang hebt sich, eine dunkle, weite Bühne wird eröffnet, beinahe leer, nur ein Sofa steht im Scheinwerferlicht - so könnte ein Samuel Beckett-Stück serviert werden. Hier aber beginnt eine Moliere-Komödie, "Der Menschenfeind". Und sofort nimmt der gute, arme Alceste seinen aussichtslosen Kampf auf: Gleich jenem Ritter von der traurigen Gestalt geht er trotzig und ehrenhaft auf die Windmühlen oder -hunde los. Der ehrliche Einzelkämpfer wider die Verlogenheit, wider die Meute der Heuchler und Prahler. Schriill und gegenwärtig zurechtgemacht und kostümiert betreten sie die Rampe - Oronte, Arsinoe, Acaste, Clitandre ... Das macht Alceste verzweifelt traurig und immer einsamer, da bleibt - konsequent - nur die Insel: "Doch ich - von allen Seiten Verraten und verfolgt, gehaßt, geschmäht, verlacht -

Aus diesem Pfuhl, in dem das Laster breit sich macht,

Fieh ich, nun in der Welt ein Flecken aufzutreiben,

Wo man die Freiheit hat, ein Ehrenmann zu bleiben."

Diese verwerfliche Gesellschaft fliehen - aber da ist noch jene Célimène, die er wahrhaft zu lieben glaubt, die ihn reizt und fesselt und bindet und endlich doch vertreibt.

Da spielt immer ein Quentchen Tragödie in die Komödie hinein. Das macht die Dauerhaftigkeit dieses Stückes aus und Molières Dilemma transparent: Der "unter dem Beifall der Musen geborene" (M. Bulgakow), als Komödiendichter so überaus erfolgreiche, von einem "Sonnenkönig" hoch geschätzte und bisweilen auch beschützte Molière litt sein Leben lang darunter, als Tragödiendichter unfähig zu sein. So ist auch "Der Menschenfeind" eine Komödie, angefüllt mit Karikaturen und Überhöhungen, mit eindeutig und funktional gearbeiteten Figuren.

Die Schweriner Schauspieler spielen diese Molière-Rollen glänzend aus, sicher und komödiantisch, sie haben alle ihre kleinen großen Auftritte, bekommen auch Szenenapplaus, ob Thomas Zieler, der



Die Mitmenschen liegen schief - Szene mit Sigrun Fischer (Célimène) und Oliver Bäßler (Alceste) Foto: S. Meixner

einen wunderbar karrierten, in Selbstüberschätzung verblendeten Dichter Oronte spielt oder Klaus Bieligk und Thorsten Merten, die als Clitandre und Acaste so herrlich schräge Dandy-Typen anbieten, ob Brigitte Peters, die als Arsinoe mit Handtäschchen ins Scheinwerferlicht tippelt und ihre altjüngferlich intriganten Bemerkungen entwirft, neid- und eifersuchtsvoll an Célimène gerichtet, die von Sigrun Fischer ganz als die begehrliche Frau gespielt wird, der die Herren zu Füßen liegen und die versucht, mit Geschick die Fäden der einander widerstreitenden Lebensweisen zusammenzuhalten, ob Dirk Gloddes Philinte, Simone Cohn-Vossens Éliante oder Bodo Schielicke in der dreifachen Besetzung als Basque, Gardist und Dubois. Den Wahrheits-Neuro-

tiker Alceste, jenen Misanthropen, spielt Oliver Bäßler entsprechend mit vehementer Sturheit, im Kampf verkrampft, mit dem krankhaften Zwang zur Niederlage. Das erinnert schon mal an Paul Watzlawicks "Anleitung zum Unglücklichsein".

Michael Jurgons Schweriner Inszenierung hat Tempo und Esprit, sie ist durchaus witzig und klug zusammengehalten, Zuschauern und Schauspielern bereitet das Spiel sichtlich Vergnügen. Es gibt den DDR-typischen Szenenapplaus genau in dem Moment, als die vermeintliche Beschränktheit und Nutzlosigkeit der (Hof-)Beamten formuliert wird. Aber Jurgons - sein Vater war bis Mitte der 70er Jahre Regisseur und Oberspielleiter in Schwerin - hält sich nicht auf am modischen Geschmack, er inszeniert

das Stück pur - so wie es das durchgehend unveränderte und eigentlich unausgestattete, also Zutaten-freie, Bühnenbild eingangs verspricht (Bühne und Kostüme Ann Schwerdtle.

Nebenbei: Eine scheußliche Übersetzung, den Schauspielern selbst fiel zu den mitunter schauerlichen Reimen nichts anderes ein, als mal verduzt zu stocken, der tiefere Witz blieb in diesen Momenten verborgen, das mochte nicht so leicht über die Lippen. Da reimt sich eben auf 'Garten - warten', auf 'küssen - müssen'. Ja, was denn sonst. In dem gerade noch erträglichen Maße schauerlich, als die Nachdichter Jürgen Gosch und Wolfgang Wiens den Gipfen 'Herz - Schmerz' nicht erreichten.

Wolfram Pilz



MICK JAGGER - Rolling Stone, Entertainer und Schauspieler von Gottes Gnaden spielt seit 20 Jahren erstmals wieder in einem Kinofilm. In "Freejack" - Regie Geoff Murphy - hat er mit der Figur des Vacendak eine der Hauptrollen übernommen.

Der erfolgreiche Rennfahrer Alex Furlong (Emilio Estevez) "durchbricht" bei einem schweren Autounfall die Zeitgrenze und wird 20 Jahre in die Zukunft katapultiert. Im Jahre 2009 beherrscht Gewalt das tägliche Leben, ethische Werte haben keine Bedeutung mehr. Für einige Privilegierte scheint selbst der Tod überwindbar: Skrupellose Kopfgeldjäger haben sich auf den Handel mit frischen Organen und jugendlichen Körpern spezialisiert...

Kinostart: 30. April



SIR RICHARD ATTENBOROUGH verfilmte das bewegte Leben des unvergessenen Filmkünstlers Charles Chaplin (1889 - 1977). Der Titel des neuen Kinofilms über den englischen Schauspieler und Regisseur ist einfach "Charlie"; die Titelrolle hat der amerikanische Schauspieler Robert Downey Junior übernommen. In den weiteren Rollen werden außerdem unter anderem noch Charlie Chaplin's Tochter Geraldine als ihre eigene Großmutter Hannah, Kevine Kline als Douglas Fairbanks und der Kleine Hugh Downer, der Charlie Chaplin als Jungen spielt, zu sehen sein. Ein Kinostart in Deutschland steht noch nicht fest.

Das Foto zeigt Sir Richard Attenborough mit Robert Downey Junior und Hugh Downer.

Foto:amw

Vermischtes

„Ohne Kanalisation stirbt die Region“

Bürgerinitiative Penkun/Vorpommern kämpft um Abwasseranlage - Bürgermeister und Amtsdirektor mit von der Partie

Die im südöstlichen Zipfel Vorpommerns gelegene Kleinstadt Penkun mit ihren 1395 Seelen, verfügt - wie übrigens leider noch viele gleichgelagerte Orte in unserer Region - noch nicht über eine ordnungsgemäße Abwasseranlage. Genauso trübe sieht es in den zum Amt Penkun gehörenden Ortschaften aus. Alle Abwässer der Amtsverwaltung, mit ihren insgesamt 4 200 Einwohnern, fließen derzeit noch ungehindert in die freie Natur.

Damit dieser untragbaren Situation recht bald ein Ende bereitet wird, dafür setzt sich die auf der Stadtverordnetenversammlung vom 13.02.1992 gegründete Bürgerinitiative mit ganzer Kraft ein.

„AUFSCHWUNG OST AUCH FÜR DIE REGION PENKUN“ - so der anspruchsvolle Name der Bürgerinitiative - bedeutet, daß es hierbei nicht nur, aber vordringlich doch, um die mit einem Investitionsvolumen von ca. 18

Mio. DM versanschlagte Abwasseranlage geht, die nach ihrer endgültigen Fertigstellung den gesamten Bereich der Amtsverwaltung entsorgen soll.

Zu den recht vielfältigen Maßnahmen der Bürgerinitiative gehörte bereits am 19.02.92 während einer Bürgerversammlung die Übergabe einer Protestresolution an den damaligen Kultusminister Oswald Wutzke. Es folgten eine Vorsprache beim Bauamt der Kreisverwaltung Pasewalk sowie ein Informationsgespräch mit Greenpeace. Eine Vorstellung im Umweltamt Anklam sowie am 18.03.92 im Umweltministerium in Schwerin brachten leider nicht das erhoffte Ergebnis.

Amtsleiter Klaus Trenkler, Mitglied der Organisationsleitung der Penkuner Bürgerbewegung: „Wir werden nicht nachlassen in der Bestrebung, für unsere Region eine Abwasseranlage zu bekommen. Die Zeit dafür ist reif, da wir

bereits auch an den dringend notwendigen Straßenbau in unserer Stadt denken, der natürlich erst nach der Verlegung der Kanalisation beginnen kann.“

Da die Penkuner im sanften Tourismus eine künftige Erwerbsquelle für ihre Region sehen, ist die Reinhaltung der vielfältigen und wunderschönen Seen rund um die Stadt eine zwingende Notwendigkeit.

Abschließend noch einmal Klaus Trenkler: „Solange wir nicht in der Lage sind, denjenigen, die ihre Abwässer gegenwärtig noch in unsere Seenlandschaft einleiten müssen, eine Alternative zu bieten, sind unseren Tourismusplänen Grenzen gesetzt. Auch die zur Zeit laufende Sauerstoff-Zwangsbeltüftung zur Gesundung unserer Seen kann nur in dem Maße erfolgreich sein, wie die Einleitung von Schadstoffen gestoppt wird.“

Eugen Schmitzdorf



Foto: E. Schmitzdorf

Hallo, Briefmarkenfreunde - alt und jung!

Das erste Sonderpostamt nach der Vereinigung steht uns in Schwerin bevor. Anlaß ist der Tag der Jungen Briefmarkenfreunde 1992. Zum 25. April 1992 wird es in der Johannes-R.-Becher-Schule am Ziegelsee eingerichtet und hat geöffnet von 10 bis 18 Uhr.

Außer Sondermarken gibt es Sonderumschläge und einen Sonderstempel u.m.

Wir laden dazu herzlich ein!

Landesring Mecklenburg-Vorpommern, DPJ e.V., Roggentin

Statistisches Jahrbuch

Während Mecklenburg-Vorpommern in letzter Zeit negative Schlagzeilen zuhauf lieferte, gingen zwei positive Daten unter, obwohl das nördlichste Bundesland da jeweils die Nase vorn hatte: Mit einer Bettenkapazität von 52.000 (2,6 Prozent Anteil an der gesamtdeutschen Kapazität) liegt Mecklenburg-Vorpommern in den neuen Bundesländern an der Spitze. Die steigende Nachfrage kann aber damit noch längst nicht erfüllt werden.

Der Fleiß der Statistiker in Schwerin schließlich verhalf unserem Bundesland ebenfalls zu einer „spitzenmäßigen“ Erwähnung: Direktor Volker Pawlitzki und sein Team legten mit dem Zahlenwerk über Erhebungen bis Ende 1991 das erste „Statistische Jahrbuch für Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Es enthält wichtige Angaben für viele Gremien und Institutionen und sollte Grundlage für Planungen und Investitions-Entscheidungen sein.

Interessierte erhalten die Publikation für 25 Mark beim Statistischen Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Lübecker Straße 287, O-2762 Schwerin.

Natur und Kunst

Malen und Zeichnen im Müritz-Nationalpark

Für alle, die Natur erleben und dabei selbst kreativ sein möchten, werden im Juli im Müritz-Nationalpark vier jeweils fünftägige Kurse zur Natur- und Landschaftsmalerei angeboten.

Die Kunstkurse finden im Specker Schloß statt und werden gemeinsam mit dem Förderverein Müritz-Nationalpark e.V. und der Kunsthochschule Braunschweig veranstaltet.

Unter fachkundiger Anleitung können die Teilnehmer ihre eigenen Fähigkeiten erweitern und viele nützliche Tipps für die Darstellung von Landschaft, Pflanzen, Tieren und Naturstilleben erhalten. Bei Interesse besteht abends die Möglichkeit, sich im Porträtmalen zu üben.

Die Größe der Gruppe ist in jedem Kurs auf 12 Teilnehmer begrenzt. Interessenten sollten mindestens 16 Jahre alt sein und Talent und Spaß am Malen in freier Natur haben. Besondere Vorkenntnisse sind nicht Bedingung.

Die Kurse finden vom 5. bis 10.7., 12. bis 17.7., 19. bis 24.7. und 26. bis 31.7.1992 statt und kosten 150 DM. Anmeldeschluß ist vier Wochen vor Kursbeginn.

Informationen über das Programm und Anmeldeformulare sind anzufordern beim Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit im Müritz-Nationalpark, Specker Schloß, O-2061 Specker, Tel. 73 92 09 unter dem Kennwort „Kunstkurs“.

Hamburger Kaufmann sucht alte Mühle, Seegrundstücke und Mietshäuser. Tel. HH 39 26 39 U. Terlitschke, HH 50, Planckstraße 11

Südfrankreich-Seminare: Mittelmeerpflanzen / franz. vor Ort / Chansons / Fotografie / Katharerreligion / Info: Maison Mesange e.V., Tel. 040 / 2802759 Koppel 71, 2000 HH 1

WIR SUCHEN

- **Freie Mitarbeiter**
Im redaktionellen Bereich für den gesamten mecklenburgischen Raum
- **Anzeigenverkäufer**
besonders für die Gebiete Rostock, Schwerin, Güstrow
- **Teilzeit möglich**
auch für Verlagsfremde und Berufsanfänger geeignet.

Bitte richten Sie Ihre schriftliche Bewerbung an:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Puschkinstraße 19
O-2750 Schwerin

Swift. Große Klasse für kleine Kasse.



Abb.: Swift 1,0 GL, dreitürig, mit Suzuki-Original-Zubehör

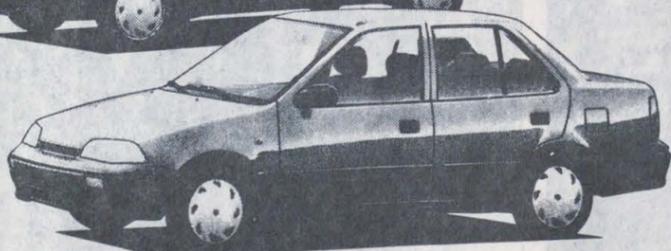


Abb.: Swift 1,3 GL, Stufenheck, mit Suzuki-Original-Zubehör

Der Swift ist schon günstig in Anschaffung und Verbrauch. Noch günstiger zeigt er sich beim Gebrauch: reichlich Platz für fünf Personen, variabler Innenraum auch für Sperriges und ein beachtlicher Komfort! Dann noch diese Auswahl. Mit 1,0 l, mit 1,3 l, als 3- oder 5-Türer oder als viertürige 1,3 l-1,6 l-Stufenheck-Limousine, wahlweise mit Automatik. Sie haben die Wahl!



Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Arnold Schulz
SUZUKI-Vertragshändler

O-2796 Schwerin-Zippendorf
Einfahrt Lindawerk
Am Hang 7
Telefon 21 32 16

fresh
STONE

STEPS

- 24-Spur
- 64-Kanal
- Faderautomation
- Verschiedene Aufnahmeräume mit variabler Akustik (135 m²) für Live-Einspielungen oder Step by Step-Aufnahmen

Produktionen für
• Razzia • Dead Facts
• Messer Banzani
• Lude & die Astros etc.

freshTONE
Mecklenburger Str. 225
2400 Lübeck 16
0451/69 20 36

Private Anleger für Medienprojekt

im Westen Mecklenburgs gesucht.

Auskünfte über Chiffre 16/1

Der große Knüller

bei

Möbel Rensch

alles sofort lieferbar

- ob ★ Polstergarnituren
- ★ Tische und Stühle
- ★ Wohnwände
- ★ Eckbänke
- ★ Rattanmöbel
- ★ Schlaflegen / Schlafzimmer
- ★ Kleiderschränke und vieles mehr!

Kommt und schaut Mo.-Fr. 9.30-18.00 Uhr
Do. 9.30-20.00 Uhr
Sa. 9.00-13.00 Uhr
1. Sa. im Monat 9.30-16.00 Uhr

in Bulower Burg an der B 104 zwischen Güstrow und MVZ

Telefon Güstrow 6 61 87



SCHWERINER

DACHBAUSTOFFE

EINLADUNG ZUR HAUSMESSE UND EINWEIHUNG

unserer neuen Lager- und Büroräume in Schwerin, Wismarsche Straße 325, am 30. April 1992 von 10.00 bis 17.00 Uhr. Alle Dachdecker, Klempner und Baubetriebe, sowie Architekten, Planer und Bauherren, die sich über Baustoffe für Dächer und Fassaden informieren möchten, sind herzlich eingeladen.

Bei uns erhalten Sie Informationen aus erster Hand. Fachleute von namhaften Herstellern und unser Team beraten Sie gern.

icopal

Eternit

VELUX

BRAAS

Roland

Forum

Leserumfrage:

Bloß nicht unterkriegen lassen

Auf unsere Umfrage nach Ihrer Meinung über den Mecklenburger Aufbruch (in Nr. 13 vom 27. 3.) ging die Post stapelweise ein. Wir waren ganz erstaunt, daß sich so viele unserer Leser die Zeit genommen haben und unseren Umfragebogen durchgearbeitet haben. Mit Anregungen ist nicht gespart worden. Der erste Schritt, sie aufzunehmen, ist diese Auswertung.

Die Leser des MA leben verstreut in allen Bundesländern, einige in Schweden, der Schweiz und Spanien, der entfernteste Abonnent in Tokio. Der MA-Leser ist durchschnittlich 49 Jahre alt, an Politik und Kultur stark interessiert, liest neben uns 0,96 Tageszeitungen und 0,83 Wochenzeitungen. Die Hälfte aller Leser findet, daß der MA wichtig ist, ein Viertel hält ihn sogar für unverzichtbar. 50% der Leser lesen das Blatt von A bis Z durch, mehr als die Hälfte sucht in ihm eine Alternative zu anderen Presseerzeugnissen. Ein paar statistische Zahlen sagen nicht allzu viel über Inhalte, darum einige Bemerkungen der Befragten:

Von einer Wochenzeitung erwarte ich vor allem Zusammenfassungen, Stellungnahmen.

Die "mecklenburger Verankerung" mit der gleichzeitigen Vertäuung in der ehemaligen DR schafft einen ganz besonderen Einfallswinkel zur deutschen Politik, dem der MA sehr gut entspricht - kritisch, d. h. historische Zusammenhänge beleuchtend und hinterfragend, so Machtverhältnisse aufdeckend.

Grundsätzlich sehe ich eine sehr angenehme, sachliche, klare und nachvollziehbare Art und Weise bei der Information, Beurteilung und Meinungsäußerung in Ihren Artikeln. Sie heben sich angenehm von besserwisserischen, die Weisheit gepachteten Endlosartikeln westlicher Zeitungen, z.B. DIE ZEIT, wo sich Journalisten oft als die besseren Politiker,

Fachleute, Moralapostel be- greifen, ab.

Der Aufbruch ist eine wohltu- ende Alternative zur politi- schen "Hofberichterstattung" anderer Medien im Osten.

Ich bin froh, daß es den MA gibt. Die "Kreischblätter" schockieren mein einfaches Lebensgefühl so, daß ich mich auf den MA freue. Er ist inter- essant, vielseitig und trotz de- primierender Wahrheiten be- ruhigend, weil sachlich.

Der politische Teil ist oft vor- züglich. Besonders in Leitarti- keln finden wir uns wieder, sie sind die Glanzpunkte des Blat- tes.

Die Wahrheit ist den Men- schen zumutbar. Ich weiß nicht, in wie weit die Zumutbar- keit Ihrerseits eingeschätzt wird, jedoch in Leitartikeln oder Glossen könnte radikaler "los- gelegt" werden. Das "Einer- seits-Andrerseits" mag sich dann beim mündigen Leser bil- den.

Die Kritik im politischen Teil ist teilweise sehr scharf und unverblümt, das ist sehr gut!

Mir erscheinen die Leitartikel oft wie konstruierte Unabhän- gigkeit, die dem Leser keine Orientierung mehr bietet.

Der Autor Meir Mandelboom schreibt sehr arrogant und ist weit von einem Verständnis für die ehemaligen DDR-Bürger und deren Situation entfernt.

Manche Artikel sind schlecht redigiert.

Mit den ersten drei Seiten bin ich sehr zufrieden, mit dem Rest kann ich wenig anfangen, mit dem Leuchtturm gar nichts.

Die Weiterführung des Leuchtturms finde ich gut.

Mich ärgern in jeder Ausga- be diese platten plattdeut- schen Texte.

Die plattdeutschen Texte be- glücken mich, aber bitte nicht "tutig" werden.

Up platt: Karl Bäk wird von vielen "Plattdeutschen" mit sehr viel Freude gelesen. Er sollte in jeder Ausgabe schrei- ben.

Nicht noch mehr Werbung!!

Man merkt immer noch, daß die Zeitung in Schwerin ge- macht wird, obwohl es eine deutliche Tendenz zur Besse- rung gibt.

Ich würde mir den MA als Ta- geszeitung wünschen.

Bloß keine Tageszeitung werden und als nicht Wochen- zeitung umfangreicher wer- den!

Mehr Satire und Karikaturen

Reiseberichte finde ich anre- gend, es wäre mir aber wichtig, daß das Reiseland Mecklen- burg-Vorpommern vorgestellt wird.

Schwerin ist nicht Frankfurt am Main. Wir brauchen kein Theater für elitäre Minderhei- ten.

Ich hoffe, daß der MA sich in seiner frischen, kritischen Art wird behaupten können. Ich mag das Stimmungsfoto auf der Titelseite sehr. Im Layout kann man sicher noch einiges besser machen - doch mir ist der Inhalt wichtiger.

Sehr gut:
Randbemerkungen von Hesslein
Interviews
Lyrikkasten
Von Rechts wegen
Es fehlt:
Intensivere deutsch- deutsch Debatte
Ostdeutsche Schriftsteller als Autoren
Wirtschaft & Soziales

Vorsicht mit Eigen- werbung von Unternehmen
Theaterkritik verbessern

Wie lebt der "Normalbürger" in M-V?

Die Macher sollten sich ein- mal vorstellen.

Mehr selbstgeschriebene Ar- tikel von Politikern aller Partei- en aus M-V.

Ich würde mich freuen, wenn der MA sich etwas mehr den Problemen der Landeskultur, der Landesentwicklung und der ökologischen Erneuerung öffnen würde.

Eine gute Wahl der Mitarbei- ter. Alle sind gut, auch wenn ich politisch manchmal nicht mit ihnen übereinstimme. Im MA sind eben noch Menschen am Werk.

Mehr Fragen zur Stärkung des Selbstbewußtseins der Menschen in den neuen Bun- desländer - hier im westlichen Teil sind die Menschen weder besser noch schöner - manche vielleicht unverfrorener!

Ihr Kleinkrieg mit der Rech- tschreibung scheint bis auf Ausnahmen beendet zu sein!

Mehr Reportagen und mehr Lesermeinungen.

Ich wünsche Ihnen: MA im Aufbruch in ganz Nord- deutschland.

Aber überhaupt: Haltet durch! Gebt rechtzeitig Zei- chen, wenn das Wasser bis zum Hals steigt!

Ob es uns gelingt, viele der An- regungen umzusetzen, können wir jetzt nicht lauthals verspre- chen, aber wir wollen es versu- chen.

Jetzt aber erst einmal ein Dan- keschön!

Ihre MA-Redaktion

Ganze Entwicklung lief falsch

Zu "Streit-Streik-Aufruhr" (MA vom 20.3.92)

Der Eindruck, die Westdeut- schen dächten halbherzig, - "Wie- dervereinigung ja, aber nicht auf meine Kosten" muß ein wenig zu- rechtgerückt werden: In Wirklich- keit geht es um die Frage, ob die Wirtschafts- und Geldpolitik der Bundesregierung den gesamtstaat- lichen Aufgaben gerecht wird. Hieran herrscht verbreitet Zweifel.

Statt einer klaren Industriepolitik erlebt man ein beliebiges Laissez- faire, durchsetzt mit undurchdach- ten Garantieverpflichtungen für be- stimmte Standorte. Die Lasten wer- den ungleich verteilt, wie man an der westlichen Rentenerhöhung sieht, die die Teuerung nicht aus- gleicht. Dasselbe ist mit den Arbeit- nehmereinkommen voraufgegan- gen, deren Kaufkraft durch Steuern und Abgaben verringert wurde. Hier wird also Verzicht verlangt und bereits geübt.

Wo aber noch? Wer beteiligt hier Beamte und Freiberufler an den Kosten der Arbeitslosigkeit bei Ih- nen? Wem kommen Subventionen zugute, die es für Neuansiedlungen dort reichlich gibt? Existiert ein Konzept, die Bevölkerung im Osten daran zu beteiligen? Wann endlich wird der Ballast der Eigen- tumsideologie über Bord geworfen, um das größte Investitionshemmnis zu beseitigen? Wie werden die Ein- kommen der Wirtschaft solidarisch verteilt? Und wer garantiert, daß Lohnverzicht hier zu Investitionen dort führt? Von sich aus geht das Geld dorthin, wo Gewinne winken. Von sich aus ist die Marktwirt- schaft alles andere als sozial.

Keine Konzepte weit und breit.

Wie kann man da von den Ge- werkschaften verlangen, einseitig Verzicht zu üben, wenn es an Füh- rung in Wirtschaft und Politik fehlt? Die ganze Entwicklung lief falsch, als man Ihnen und uns weismachen wollte, die Angleichung sei ein Kinderspiel, koste kaum was, nie- mand brauche Verzicht zu üben, vielen werde es besser, keinem schlechter gehen. Nicht alles haben das geglaubt, denn das war billige Wahlkampf-Roßtäuscherei. Da- nach wurstelte man konzeptlos mit Schuldenmachen in den Tag hin- ein. Damit muß nun Schluß sein.

Nur wenn jetzt mit Tatkraft klare Ziele für Politik, Wirtschaft und Finanzen erarbeitet, die notwendi- gen Anstrengungen und Opfer be- nannt und die Lasten gerechter ver- teilt werden, ist der Zusammenhalt zu gewinnen, der von der Verfas- sung als notwendig genannt wurde. Dazu bedarf es aber Führerschaft. Solange der Fisch jedoch vom Kopf her stinkt und von da aus ei- gensinnig weiter nur Wahlkampf- politik betrieben wird, fürchte ich, daß wir noch lange auf gemeinsame Anstrengungen warten müssen. Und solange es Politik ist, daß jede Gruppe ihr eigenes Süppchen kocht und dabei der anderen in den Topf langt, werden sich auch die Ge- werkschaften für die Arbeitnehme- rinteressen einsetzen müssen.

Ehe nicht die politische Klasse in Bonn ihre Aufgabe erkennt und ihre Pflicht tut, wird es weiter "Streit-Streik-Aufruhr" geben. Da ist Frau Lenk zuzustimmen.

Werner Hasenclever

Ein Fall von öffentlicher Verurteilung

Der Artikel Meir Mandelbooms "Enquete-Kommission: Auf der Su- che nach der Vergangenheit"(20.3.92) ruft meinen Wider- spruch hervor:

Wer von dem Fall Just noch nichts gehört hat, muß aus des Au- tors Formulierung "Judenmordver- gangenheit" den Eindruck gewin- nen, Just habe am laufenden Band Juden ermordet. Der Autor ver- schweigt, daß Just als 20jähriger Soldat zu einem Erschießungskom- mando unter Befehl eines Offiziers abkommandiert war und bei der Er- schießung von sechs Menschen mitgeschossen hat, wobei es uner- heblich ist, ob es sich bei den Op- fern um Juden oder Ukrainer han- delte, was Just nicht weiß. Verbrechen bleibt Verbrechen. Die Tatsa- che, daß Just innerhalb eines Er- schießungskommandos mitge- schossen hat, muß der Leser erfah- ren, damit er den Just in seine Vor- stellungswelt einordnen und zu ei- ner eigenen Beurteilung des Vor- gangs kommen kann. Dem Leser diese Möglichkeit zu verschaffen, das ist doch der eigentliche Le- benszweck einer Zeitung.

Um keinerlei Zweifel aufkom- men zu lassen: Die Erschießung dieser Menschen war ein Verbrechen. Just wurde als Soldat mit hin- eingezogen und somit zumindest in moralischer Hinsicht mitschuldig. Ob er als unerfahrener Soldat den Befehl hätte verweigern können oder ob ihm angesichts der Nazi- Indoktrination überhaupt der Ge- danke dazu gekommen ist, wer mag hier urteilen. Es darf gefragt wer- den - ohne Just zu entschuldigen-, wieviele der heutigen Kritiker an Justs Verhalten nicht selbst versagt hätten.

Herr Distel, einst Innenminister der letzten DDR-Regierung, glaubte von sich sagen zu können, er hätte sich lieber selbst erschießen las- sen, bevor er geschossen hätte. Woher nimmt der Mann solche Ge- wißheit? Es ist derselbe Mann, der als Innenminister Markus Wolf, den obersten DDR-Spion, in sein Amt holen wollte...

Just - ein Stalinist

Auch hier erfährt der Leser rein gar nichts, keinen Hintergrund. Just wird die Eigenschaft eines Stalinis- ten angedichtet. - Was ver- schweigt der Autor?

Just war stellvertretender Chefre- dakteur der Zeitschrift SONN- TAG, die zum Forum des Protestes wurde. Kein Wunder, daß Just sich mit der SED-Führung anlegte und im Zuchthaus Bautzen landete. Selbstverständlich können die Er- schießungen und die Jahre im Zuchthaus nicht gegeneinander aufgewogen werden, aber sie müß- ten zumindest erwähnt werden, be- vor man einen Menschen moralisch öffentlich und erbarmungslos hin- richtet.

Just und sein SPD-Parteibuch

Der Autor unterstellt Just, er wol- le seine Vergangenheit mit seinem SPD-Beitritt loswerden. Wichtig ist dem Autor die Betonung auf dem "richtigen Parteibuch". (Aha, sol- che Leute hat die SPD!) Das heißt, wer gerade dieses Parteibuch hat, darf mit der Entlastung von der dunklen Vergangenheit rechnen.

Eines ist sicher: Der Autor zeich- net von Just ein verzerrtes Bild. er meint zum Schluß seines Artikels, die Enquete-Kommission werde keinen Erfolg haben. Da trägt er selbst dazu bei, wenn er fortfährt, die "Fälle" in dieser Art zu kom- mentieren. M. Wößner, Stuttgart.

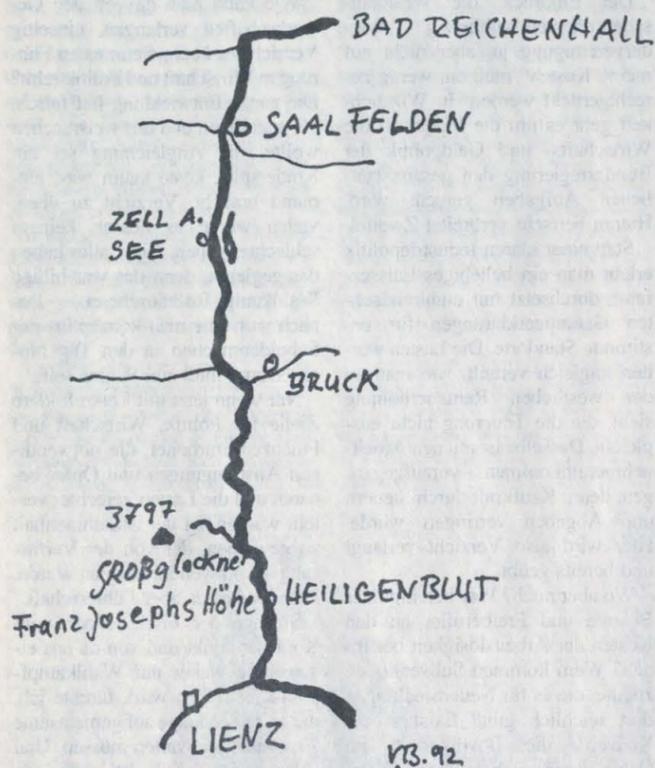


Reise

Serpentinen und Berge (1. Teil)

Eine Reise quer durch die Alpen

(Serie von Volker Brüggemann)



Nichts ist aufregender als die Ungewißheit, nichts ist aufregender als ein Blick in unendliche Weite, nichts ist aufregender als die Einsamkeit des Windes, der klagende Schrei des Steinadlers, oder, wenn man Ausdauer und Glück hat, ein paradie-

sich schöner Sonnenuntergang. Wo um alles in der Welt ist so etwas noch zu finden? Wo?

Natürlich in den Alpen, den viel geschmähten, den überfüllten, der Region, die jahrzehntlang vom

Tourismus überfordert wurde, die zerschunden, betoniert und verschandelt wurde. Doch das ist nur die eine Seite, die andere ist, daß es eine Rückbesinnung gegeben hat und das es abseits der großen Touristenströme durchaus noch die Landschaft, die Einsamkeit und die Natur gibt, die ich eingangs beschrieben habe.

Alle in diesem Bericht beschriebenen Pässe sind auch mit einem normalen Pkw befahrbar. Auf besondere Schwierigkeiten werde ich im Verlauf des Berichtes hinweisen.

Nun zur Anreise:

Über Passau mit seinem herrlichen Dom, mit der Weltorgel und dem Zusammenfluß von Ilz, Donau und Inn. Zuerst führen wir den Inn aufwärts, dann der Salzach folgend bis nach Burghausen. Hier ist eine Rast, schon wegen der Einmaligkeit der Stadtburganlage hoch über der Salzach, anzuraten. Von Burghausen folgten wir der B 20, der Straße der Residenzen, über Tittmoning, Freilassing nach Salzburg. Der erste Reisetag wurde abgeschlossen, um die Mozartstadt noch am Spätnachmittag und am nächsten Vormittag zu erkunden. In Salzburg sollte man nur Quartier suchen, wenn der Geldbeutel gut gefüllt ist, Mozart ist immer noch gut, aber auch etwas teurer. Eine einfache Unterkunft etwas außerhalb tut es auch.

Die Pässe der Alpen warteten und so ging die Fahrt anderntags weiter über Bad Reichenhall nach Lofer.

Von hier aus könnte man im Winter zur Winkelmoos Alm auffahren, dem lieblichen Familienmskigebiet. In Lofer biegt die Straße 311 nach Zell am See ab, um bei Bruck in die Großglocknerstraße, einer der imposantesten Hochalpenstraßen, einzumünden. In Zell am See sollte man rasten. Ein hübscher Ort mit einer alten Pfarrkirche und sehenswerten Freskenresten. Sehr zu empfehlen, die Seilbahnfahrt hinauf auf die Schmittenhöhe mit schöner Aussicht auf Zell am See. An Bruck vorbei ging die Fahrt bis zum Abzweig der 107. Hier beginnt die eigentliche Großglocknerstraße. Kurz hinter Fusch muß erst einmal Maut (Straßenbenutzungsgebühr) gezahlt wer-

den, dann beginnt zunächst relativ kurvenarm der Anstieg. Die schneebedeckten Gipfel vom Hohen Tenn, Gr. Wiesbachhorn blieben rechterhand zurück und vor uns baute sich der Brennkogel und rechts der Fuscherkarkopf auf (alle über 3000 m).

Links kann man zur Edelweißspitze abbiegen, mit wunderbarer Rundumsicht auch auf das Massiv, welches der Straße den Namen gab, den Großglockner. Weiter ging die Fahrt an Steinen und Geröll vorbei zum Hochtorn der Paßhöhe. Danach begeisterten immer neue Ausblicke, die die Fahrt bergab.

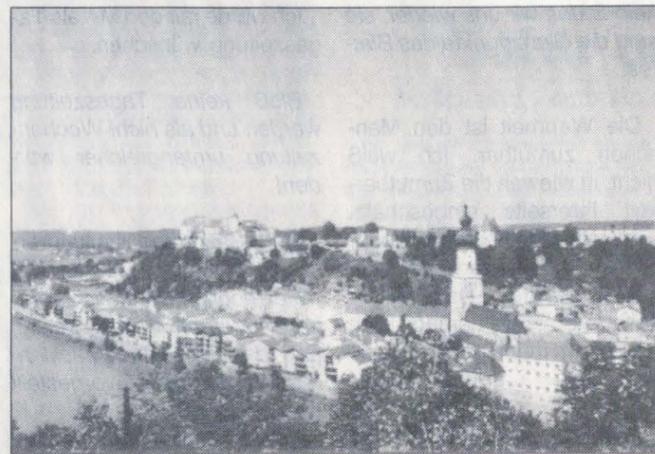
Zirka 8km vor Heiligenblut zweigt eine Stichstraße zur Franz Josephs

Höhe ab, durch sie kommt man dem Großglockner am nächsten. Vom dortigen Parkplatz aus kann man mit einer Standseilbahn zum Pasterze Gletscher hinunter fahren, Gletscherreis pur!

Auf der anderen Seite des Gletschers ragt über tausend Meter hoch die Ostwand des Großglockners auf. Welch großartiger Anblick. Unsere Fahrt ging weiter.

Unten im Tal sahen wir vom Kasereck aus Heiligenblut, mit seiner markanten Pfarrkirche St. Vincens aus dem 14. Jahrhundert. Hinter Heiligenblut galt die Aufmerksamkeit mehr der Landschaft des Möll Tals, denn die Kurven hatten nun nur noch sanfte Schwünge. Es ist ein anmutiges Wiesen- und Waldtal, mit kleinen reizenden Ortschaften. Kurz bevor wir Lienz erreichten, liegt nur wenige km vorher, die alte Römerstadt Aguntum. Sie wurde ca. 600 n. Chr. zerstört und war die Hauptstadt der Provinz Noricum. Ihre Reste sollte man sich schon ansehen, auch um der Erkenntnis willen, daß der Alpenraum schon um die Zeitwende mit Städten der Römer besiedelt war.

Gegen Abend erreichten wir Lienz, die Hauptstadt Osttirols mit dem wunderschönen Marktplatz, den Bürgerhäusern, dem Schloß Bruck und dem Hotel Traube.



Burghausen am Inn

(Fortsetzung folgt)

Noch ein Grund für RSH: Oldies nach Wunsch.

Da ist der Ohrwurm drin.

Die Stimme des Nordens.

RSH
Radio Schleswig-Holstein